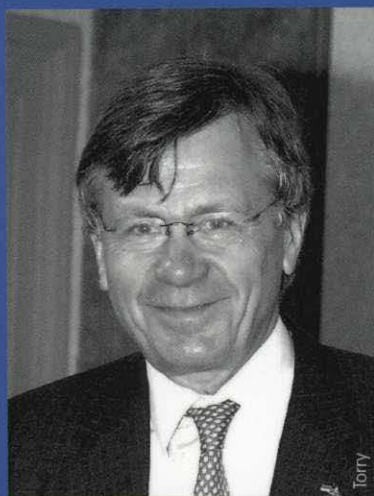


Theodor Berchem
Jacques Santer
Olaf Schwencke
Sir Peter Torry



Europa weiter denken

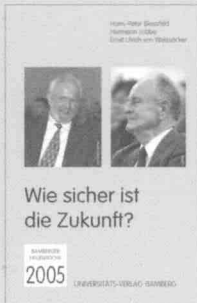
BAMBERGER
HEGELWOCHE

2006

UNIVERSITÄTS-VERLAG BAMBERG



Die Bände von 1990 bis 1994 sind zum Sonderpreis von nur € 5,00 lieferbar. Alle weiteren Bände sind zum Preis von € 9,50 erhältlich.



Erhältlich in allen Geschäftsstellen des Fränkischen Tags und direkt beim Universitäts-Verlag Bamberg, 96053 Bamberg, Telefon (0951) 188-125, Fax 188-529, E-Mail: universitaets-verlag.bamberg@fraenkischer-tag.de, www.ft-buchverlag.de

BAMBERGER HEGELWOCHE 2006

Theodor Berchem
Jacques Santer
Olaf Schwencke
Sir Peter Torry

EUROPA WEITER DENKEN

Mit Einführungen von Roland Simon-Schaefer
sowie der Podiumsdiskussion
unter der Leitung von Ulrike Leutheusser



UNIVERSITÄTS-VERLAG BAMBERG

© 2007 Universitäts-Verlag Bamberg
Alle Rechte vorbehalten

Umschlag-Porträts: Monica Fröhlich, Ronald Rinklef
Redaktion: Rita Plüsch, Roland Simon-Schaefer
Produktion: Silke Barthel, Eva Harker
Gestaltung: Erich Weiß
Druck: dd ag, Birkach

Printed in Germany
ISBN: 978-3-933463-24-1

INHALTSVERZEICHNIS

<i>Roland Simon-Schaefer</i> EINFÜHRUNG ZUR XVII. BAMBERGER HEGELWOCHE	7
<i>Sir Peter Torry</i> DIE BRITEN – VORBILDICHE EUROPÄER	13
<i>Jacques Santer</i> KRISEN ALS CHANCE? HERAUSFORDERUNGEN UND VISIONEN FÜR EUROPA	26
<i>Roland Simon-Schaefer</i> EINFÜHRUNG	38
<i>Olaf Schwencke</i> DAS EUROPA DER KULTUREN ALS BEITRAG ZUR GESAMTTHEMATIK »EUROPA WEITER DENKEN«	45
<i>Theodor Berchem</i> DIE UNIVERSITÄT ALS WERKSTATT EUROPÄISCHER IDENTITÄT	65
Podiumsdiskussion	73

Roland Simon-Schaefer

EINFÜHRUNG ZUR XVII.
BAMBERGER HEGELWOCHE

Meine Damen und Herren,

ich begrüße Sie zur 17. Bamberger Hegelwoche! Es ist die 10. unter meiner Leitung.

Wir haben in diesem Jahr ein brandaktuelles Thema, nämlich die Frage nach der Zukunft des europäischen Projektes. Der Titel unserer Veranstaltung »Europa weiter denken« drückt die gegenwärtige Lage in seiner gewollten Mehrdeutigkeit treffend aus. Es geht einerseits darum, trotz der gegenwärtigen Krise um die europäische Verfassung weiterhin über Europa nachzudenken, und es geht gleichzeitig darum, in einem erweiterten und konkreteren Sinn die Idee Europas auszubauen.

Wir beginnen heute direkt mit einer Art Paukenschlag, insofern wir mit dem früheren Präsidenten der EU-Kommission, dem Luxemburger Jacques Santer, einen wahrhaft engagierten Europäer eingeladen, und mit dem Britischen Botschafter in Deutschland, Sir Peter Torry, einen ebenbürtigen Gesprächspartner gefunden haben. Wir sind daher gespannt auf eine hochinteressante Diskussion, in der alternative Zukunftsperspektiven Europas die Hauptrolle spielen werden.

Am morgigen Tag werden wir die Thematik philosophisch und kulturwissenschaftlich, systematisch und historisch fundieren und am dritten Abend werden wir in großer Besetzung auf dem Podium versuchen, ein vorläufiges Fazit zu formulieren.

Heute Abend will ich mich darauf beschränken, in einer knappen Einleitung Thesen zu Europa zu formulieren, die allgemeine Zustimmung finden können.

Das Projekt »Europa« ist in unserer Geschichte ohne Vorbild. Es ist der erste Versuch, ein übernationales, tendenziell sogar kosmopolitisches soziales und politisches Gebilde zu konstruieren, das den Regeln der in der abendländischen Neuzeit entwickel-

ten politischen Theorien vom Gesellschaftsvertrag entspricht. In der Geschichte sind alle Vielvölkerstaaten durch Eroberung entstanden, auch wenn die Römer der Antike darauf verweisen können, dass Polybios seinen griechischen Landsleuten empfohlen hat, den römischen Staat nicht zu bekämpfen, sondern sich um Aufnahme in ihn zu bemühen, und tatsächlich einige hellenistische Herrscher ihre Staaten testamentarisch den Römern vermacht haben.

Das Europa, in dem wir seit mittlerweile 50 Jahren leben, ist aus einer Zweckgemeinschaft nach dem 2. Weltkrieg entstanden und durch freiwilligen Beitritt von immer neuen europäischen Staaten zu seiner jetzigen, durchaus imponierenden geographischen und ökonomischen Größe herangewachsen, und immer noch drängen sich neue Beitrittskandidaten. Einer der Gründer Europas, der französische Außenminister Robert Schuman, hat schon vor 50 Jahren den prophetischen Satz formuliert: »L'Europe n'est ce ferat pas d'un coup.« Wir werden vielleicht noch weitere 50 Jahre brauchen, bis Europa eine feste und dauerhafte Gestalt angenommen hat. Warum ist dieser Prozess der Identitätsfindung so schwierig? Die Begründung dafür ist in unserer jüngeren Geschichte zu suchen.

Das Europa, an dem wir arbeiten, ist ein Zusammenschluss von Verlierern, von europäischen Nationalstaaten, die im Kampf um die Hegemonie in Europa und möglicherweise sogar die Welt-herrschaft in zwei großen Auseinandersetzungen ihre beherrschende Stellung eingebüßt haben. In einigen Ländern weiß man sehr wohl, dass man den 2. Weltkrieg verloren hat. In einigen Ländern ahnt man es insgeheim und in einigen glaubt man tatsächlich noch, man habe diesen Krieg gewonnen, und übersieht dabei, dass man in der Gegenwart allenfalls als Juniorpartner im Spiel der Großen mitmischen kann. Entsprechend dieser Deutung der jüngeren Geschichte agieren daher die einzelnen Partner in Europa durchaus unterschiedlich, und die Menge der verschiedenartigen Erwartungen wird noch ansteigen mit jedem neuen Beitrittskandidaten. Nicht zuletzt durch diejenigen neu hinzugekommenen Staaten, die erst noch ein bisschen Nationalismus nachholen müssen.

Dieser Nationalismus, eine Erfindung des frühen 19. Jahrhunderts, ist einigermaßen absurd gewesen. Er hat die europäische Völkerfamilie mit dieser unsinnigen Idee entzweit, dass die innere Geschlossenheit eines Staates nur dann gegeben sei, wenn alle Staatsbürger dieselbe Sprache sprechen und aus demselben Volk stammen. Das Ergebnis war die Bildung der modernen europäischen Nationalstaaten, die alle in den jeweils von ihnen beanspruchten geographischen Territorien mit ethnischen Minderheiten zu tun hatten, und die alle diese Probleme mehr oder weniger plump zu lösen versucht haben. Vergleichbar ist diese unsinnige Idee mit der ebenfalls primitiven Vorstellung, die die europäische Staatenwelt am Beginn der Neuzeit durcheinandergewirbelt hat – jener Idee, dass ein Staat nur dann stabil sein könne, wenn alle Bürger die gleiche Konfession besitzen. Den konfessionellen Bürgerkrieg haben wir durch Aufklärung überwunden, und den nationalistischen europäischen Bürgerkrieg müssen wir ebenfalls durch Aufklärung hinter uns lassen.

Aus dieser Ausgangslage wird verständlich, dass wir uns an die Idee der europäischen Identität in kleinen Schritten herantasten müssen. Und aus unserer Geschichte können wir eines schon formulieren: Der angestrebte europäische Staat wird nicht dem zentralistischen Nationalstaat gleichen können, er wird aber erheblich mehr als eine reine Zweckgemeinschaft von Kaufleuten sein müssen.

Nach dem 2. Weltkrieg war es im Prinzip eine kluge Überlegung, fernab von irgendwelchen großen politischen Ideen und Ideologien, eine reine Wirtschaftsgemeinschaft zu begründen. Das war in der Tat der kleinste gemeinsame Nenner, dem alle Mitgliedsstaaten in wohlverstandener Eigeninteresse, wie die Standardformulierung lautet, zustimmen konnten. Alle Staaten haben seither von dieser Konstruktion ökonomisch ungeheuer profitiert. Aber man darf auch die Gunst der Umstände nicht vergessen. Weil Europa zerstört worden war, musste sehr viel wieder aufgebaut werden, und so stellten sich Wachstum und Prosperität von selbst ein. Und deshalb konnte auch das am schlimmsten zerstörte Land Europas, Deutschland, zum erfolgreichsten und wohlhabendsten, und damit zum Hauptfinancier Europas werden. Keiner

europäischen Regierung gelang es, den Aufschwung zu verhindern. Die Prosperität war derartig, dass man es sich im frühen Europa leisten konnte, die unsinnigsten Bestimmungen zu erlassen, um keinen Mitgliedsstaat verletzen zu müssen, und so haben wir uns in wirtschaftlichen Teilbereichen die verrücktesten Verschwendungen geleistet. In der Gegenwart kritisieren wir diese Politik, weil sie unbezahlbar geworden ist. Aber wir sollten darüber nicht vergessen, dass sie zu ihrer Zeit erfolgreich war. Europa brauchte, um sich bis in die Gegenwart entwickeln zu können, in der Anfangsphase stabile Verhältnisse, die ironischerweise durch den Kalten Krieg gewährleistet wurden, und ein stetiges, nicht durch gravierende Krisen unterbrochenes Wachstum. Da dieses goldene ökonomische Zeitalter längst zu Ende gegangen ist, benötigen wir eine neue Politik, ein neues Nachdenken über die knapper werdenden Ressourcen, und vor allem eine über die reine Konsumbefriedigung hinausgehende Idee.

Diese gewünschte Idee müssen wir nicht erst suchen. Sie liegt bereits vor, denn sie hat unsere geistige Entwicklung im neuzeitlichen Europa maßgeblich geprägt. Es ist die Vorstellung vom autonomen und denkfähigen Subjekt, welches die Grundlage unserer Wissenschaftskultur ebenso bildet wie die unserer politischen Kultur. Mit der Erklärung der Menschenrechte in der französischen Revolution und den Schlagworten »Liberté, Egalité, Fraternité« ist diese Grundidee in der prägnantesten Form formuliert worden. Und das bedeutet: Wir streben einen Staat als Gemeinschaft freier Menschen an, die in sozial gesicherten Verhältnissen leben und daher ihre kulturellen und sozialen Anlagen und Wünsche alle in gleicher Weise befriedigen können. Wie die ambivalente historische Entwicklung Europas seit dem 19. Jahrhundert gezeigt hat, stellt sich dieser gewünschte Zustand nicht von selbst ein. Wir haben im 20. Jahrhundert unsere großen politischen Auseinandersetzungen ja auch als sozialen Bürgerkrieg über die Frage nach dem bestmöglichen Weg zur Verwirklichung dieses Ideals geführt.

Unser europäisches Projekt war bisher erfolgreich, weil es sehr konsequent darauf hingearbeitet hat, in allen zur EU gehörenden Staaten vergleichbare soziale Verhältnisse und damit ver-

gleichbare Chancen der Selbstverwirklichung für die Bürger herzustellen. Diese Politik werden wir fortführen müssen, aber wie sich bereits abzeichnet, werden unsere Belastungen durch die Aufnahme neuer Staaten, deren bisheriger Lebensstandard erheblich unter unserem Niveau liegt, stark anwachsen. Das Beispiel der ökonomisch bisher nicht geglückten Vereinigung der Deutschen sollte uns Europäern deutlich machen, dass man seine ökonomische Integrationsfähigkeit nicht überstrapazieren darf. Es ist daher absolut notwendig, geplante Erweiterungen erst dann vorzunehmen, wenn wir die jüngst erfolgten Erweiterungen sozial bewältigt haben. Grundfalsch wäre es, immer schneller zu wachsen, ohne sich innerlich konsolidieren zu können. Das bedeutet nicht die Forderung, Europa in seiner jetzigen Ausdehnung als abgeschlossen zu betrachten, aber es ist die Mahnung, langsam genug voranzuschreiten, damit man das Ziel auch erreicht. Unsere gegenwärtige Erweiterungsdiskussion gewinnt eine zusätzliche Brisanz durch die Frage, wo Europa natürliche Grenzen hat, die nicht überschritten werden sollten. Das aktuelle Beispiel ist die Kontroverse um den Beitritt der Türkei zur EU. Ich möchte dazu Folgendes anmerken:

Den wenigsten von uns ist bekannt, dass zwischen 1933 und 1945 an den Universitäten Istanbul und Ankara etwa 150 deutsche Wissenschaftler Aufnahme gefunden haben. Das heißt also, dass zu einer Zeit, als die deutschen Faschisten als mordende Aliens durch Europa streiften, die Türkei ein Ort des Überlebens war. Zweifellos gehörte der säkulare türkische Staat damals mit zur europäischen Völkergemeinschaft. Wenn wir ein Prinzip formulieren wollen, dann kann es nur folgendermaßen lauten: Jeder säkulare Staat, der sich zu unseren humanistischen Werten bekennt und die entsprechenden Anstrengungen unternimmt, sie zu verwirklichen, muss als Beitrittskandidat ernst genommen werden.

Es bleibt noch eine Frage kurz zu thematisieren – die Frage nach der Struktur der EU. Die Überlegungen schwanken zwischen Staatenbund und Bundesstaat. In Kenntnis der deutschen Verhältnisse muss man Folgendes formulieren: Der deutsche Föderalismus kann kein Modell für Europa sein. Die Sieger des 2.

Weltkriege haben den Deutschen Föderalismus verordnet, um zu verhindern, dass die Deutschen jemals wieder gefährlich werden können. Das ist ihnen vollkommen geglückt! Wir leben unseren Föderalismus frohgemut aus – zum Schaden für die Kultur, die Wissenschaft und die sozialen Standards in Deutschland. Anstelle von Hochkultur besitzen wir amtlich verordnete Kulturhoheit!

Um es ganz kurz auf den Punkt zu bringen: Wenn Europa als eine politische Einheit handlungsfähig sein will, dann ist es nötig, dass wir die bisherige Buntheit von unterschiedlichsten lokalen Gesetzgebungen hinter uns lassen. Schließlich sind diese lokalen Ideen Variationen der globalen europäischen Idee der Emanzipation. Wir benötigen also für den ganzen europäischen Raum geltende, allgemeinverbindliche Regeln im ökonomischen, sozialen, bürgerlichen und, nicht zu vergessen, wissenschaftlichen Bereich. Und selbstverständlich benötigen wir eine europäische Verfassung, die dafür die Grundlage bieten soll. Aber wir benötigen wahrscheinlich nicht das uns momentan vorliegende, überfrachtete Opus Maximum!

Was kann passieren, wenn wir dieses Ziel nicht erreichen? Die Geschichte hält einige Beispiele parat: so etwa das Schicksal von Athen und Sparta, die als kleine Provinzstädte im römischen Reich endeten, weil die Griechen sich als unfähig erwiesen hatten, in ihrem politischen Denken über die Grenze der Polis hinauszudenken. Sie können auch das Schicksal des Städtebundes der deutschen Hanse heranziehen, die schließlich abstarb, weil die Mitgliedsstädte ebenfalls über ihren Stadt-Egoismus nicht hinausdenken konnten. Daher war die Hanse stark, solange sie ökonomisch erfolgreich war, und löste sich bei schwindendem Erfolg Schritt für Schritt auf. Letztendlich zum Schaden für die Städte.

Wenn Europa zu einem Club von Nationalstaaten versanden sollte, die möglichst viel Profit aus der Vereinigung ziehen wollen – und das ist gegenwärtig vielleicht sogar eine reale Gefahr –, dann werden diese zu kleinen Einheiten schließlich als Wurmfortsätze der größeren, sich inzwischen herauskristallisierenden politischen und ökonomischen Einheiten enden und zu Chipkarten im Spiel der Großen werden.

DIE BRITEN – VORBILDICHE EUROPÄER

Gleich vorweg: Ich werde heute keine Fußballwitze machen. Ich werde auch nicht sagen, dass die EU rund ist und dass Tagungen des Europäischen Rates 90 Minuten dauern. (Wenn das nur der Fall wäre!)

Ich bin hier, um über die Zukunft Europas zu sprechen, und über die Herausforderungen, die wir zu bewältigen haben. Vor allem aber möchte ich erklären, warum die Briten vorbildliche Europäer sind. Vielleicht halten Sie diese These für etwas gewagt. Wir gelten nicht immer als gute Europäer – und schon gar nicht als vorbildlich.

Der luxemburgische Ministerpräsident ist in einem Interview mit der *Welt* neulich sogar so weit gegangen zu sagen, er könne sich ein Europa ohne Großbritannien vorstellen. Mit gleichem Recht, denke ich, könnten sich viele Menschen in Großbritannien ein Europa ohne Luxemburg vorstellen. Aber es würde sicher als sehr anti-europäisch betrachtet, wenn ein führender britischer Politiker so etwas laut sagen würde. In jedem Fall glaube ich nicht, dass so ein Austausch uns, oder Europa, weiterbringt.

Wahr ist jedoch, dass – mehr als 30 Jahre nach unserem EU-Beitritt – viele auf dem europäischen Festland immer noch meinen, Großbritannien sei kein guter Europäer. Woran liegt das? Zum Teil liegt es daran, dass immer noch negative Klischees über Großbritannien im Umlauf sind. Zum Teil aber auch an den überholten Vorstellungen davon, was ein guter Europäer überhaupt ist. Zunächst möchte ich deshalb einige dieser weit verbreiteten Irrtümer über Großbritannien und unsere Rolle in Europa aufklären. Dann werde ich der Frage nachgehen, was einen guten Europäer ausmacht. Ich werde darüber sprechen, warum die Werte bei der Gründung Europas heute noch genauso relevant sind wie vor 60 Jahren – dass sie aber im Licht neuer Herausforderungen gesehen werden müssen. Drittens möchte ich auf diese Herausforderungen genauer eingehen. Und schließlich werde ich versuchen, Sie davon zu überzeugen, dass Großbritannien bei der Bewältigung die-

ser Herausforderungen eine Vorreiterrolle spielt. Und ich hoffe, ich werde das tun können, ohne zu selbstgefällig zu klingen.

I. Die Irrtümer aufklären

Es gibt drei weit verbreitete Irrtümer, die ich heute aufklären möchte:

- erstens, dass Großbritannien in der EU nur eine Freihandelszone sieht,
- zweitens, dass wir nicht genug zahlen,
- und drittens, dass Großbritannien die EU erweitern will, um eine Vertiefung zu verhindern.

Erster Irrtum: Großbritannien will nur eine Freihandelszone

Man hört immer wieder: »Wollen wir ein politisches, integriertes Europa, oder nur eine Freihandelszone wie die Briten?« Natürlich nimmt Großbritannien den Binnenmarkt ernst. Mrs. Thatcher hat ihn propagiert. Lord Cockfield, ein britischer EU-Kommissar, hat ihn großenteils konzipiert und vorangetrieben, und zwar mit begeisterter Unterstützung in Großbritannien. Der Binnenmarkt war das radikalste und ehrgeizigste Projekt, das die Europäische Gemeinschaft sich je vorgenommen hatte. Wahr ist auch, dass Großbritannien sich mit Nachdruck für die Prinzipien offener Märkte einsetzt und die Liberalisierung des Handels vorantreibt. Wir wollen Wachstum erzeugen und den Entwicklungsländern den Zugang zu den Märkten erleichtern. Tony Blair war, gemeinsam mit dem spanischen Ex-Premier José Maria Aznar, einer der ersten Befürworter der so genannten Lissabon-Agenda, mit der die Wirtschaftsreform in Europa vorangetrieben werden soll. Doch ist Großbritanniens EU-Vision nicht nur auf den freien Handel beschränkt. Wir wollen ein soziales Europa. Aber wir wollen ein soziales Europa, das funktioniert. Mit 20 Millionen Arbeitslosen und 92 Millionen wirtschaftlich inaktiven Menschen funktioniert Europa buchstäblich nicht. Ein Drittel unserer Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter ist nicht in der Lage oder nicht gewillt, Arbeit zu finden. Wir glauben also an eine EU, die imstande ist, Arbeitsplätze zu schaffen und Wachstum anzukurbeln. Wir glau-

ben auch an eine EU, die uns hilft, all jene Herausforderungen zu meistern, die wir nicht allein meistern können. Deshalb hat Großbritannien die so genannte Sevilla-Agenda mitbegründet. Diese Agenda soll für eine gerechtere, aber auch wirksamere Asyl- und Zuwanderungspolitik in Europa sorgen. Und deshalb spielen wir eine Vorreiterrolle in der EU bei der Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität.

Und was wäre politischer als die Verteidigungspolitik? Großbritannien gehörte zu den Initiatoren der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Tony Blair und Jacques Chirac haben 1998 in Saint-Malo die Grundsteine für diese Politik gelegt. Wir haben den Aufbau einer eigenen militärischen Fähigkeit der EU, als Ergänzung zur NATO, aktiv unterstützt. Die bisher größte Militärmission der EU, übrigens unter dem Kommando eines britischen Offiziers, wird die Stabilität in Bosnien fördern. Die EU wird ihre Polizeimissionen in Bosnien, Mazedonien und der Demokratischen Republik Kongo fortsetzen.

Eine neue Europäische Verteidigungsagentur, geleitet von einem britischen Geschäftsführer, wird Europas Kapazität verbessern, um bei internationalen Krisen schneller effektive Streitkräfte zu verlegen. Sie wird dafür sorgen, dass diese Einheiten besser zusammenarbeiten können. Wir glauben also an ein Europa, das den Herausforderungen von heute gerecht wird. Und das ist, wie Tony Blair in seiner Rede vor dem Europäischen Parlament am Vorabend der britischen EU-Präsidentschaft betont hat, ein politisches Projekt.

Zweiter Irrtum: Großbritannien zahlt nicht genug

Der Beitragsrabatt: für viele ein Symbol für Großbritanniens Mangel an europäischer Solidarität. Die Kritiker sagen, der Beweis für unsere ambivalente Haltung gegenüber der EU sei unsere Weigerung, unseren fairen Anteil zu zahlen. Auch falsch. Ich werde Ihnen sagen, warum. Selbst mit dem Rabatt ist Großbritannien der zweitgrößte Nettozahler. Ohne ihn wären wir mit Abstand der größte. Auch mit dem Rabatt hat Großbritannien in den letzten zehn Jahren mehr als zweieinhalbmals so viel wie Frankreich und Italien gezahlt. Ich wiederhole: zweieinhalbmals so viel wie

Frankreich und Italien. Ohne den Rabatt hätten wir 15-mal so viel wie Frankreich und 12-mal so viel wie Italien gezahlt. Ich weiß, dass es unserer Wirtschaft gut geht. Aber sie ist nicht 15-mal so groß wie die französische – zumindest jetzt noch nicht. Diese Ungleichheiten entstehen dadurch, dass Großbritannien von der EU nur sehr wenig zurückbekommt. Großbritannien erhält von allen Mitgliedsstaaten die niedrigsten Pro-Kopf-Einnahmen: 107 € pro Kopf. Im Vergleich dazu erhalten Deutschland 124 €, Italien 147 €, Frankreich 200 € und Irland 758 €. Wie kommt das? Weil wir einen kleinen, aber hoch effizienten Agrarsektor haben. Und die Agrarsubventionen machen immer noch den Löwenanteil an den EU-Ausgaben aus. Die EU gibt 7-mal so viel für Landwirtschaft aus wie für Forschung, Entwicklung, Technologie, Bildung und Innovation zusammen. Zu behaupten, wir zahlten nicht genug, ist also Unsinn. Wir zahlen und werden auch weiter zahlen. Das Haushaltsergebnis, das Tony Blair im Dezember vergangenen Jahres aushandelte, hat den Umfang unseres Rabatts reduziert. Damit ist garantiert, dass wir auch unseren fairen Anteil an den Kosten der Osterweiterung der EU zahlen – eine Politik, die wir bekanntlich unterstützt haben.

Dritter Irrtum: Großbritannien will die Erweiterung, um die Vertiefung zu stoppen

Und damit bin ich beim dritten Irrtum. Wie viele Seminare mit dem Titel *Erweiterung oder Vertiefung* muss es gegeben haben! Es ist ein Brüsseler Klischee, dass die Erweiterung der Feind der Integration ist – und dass Großbritannien deshalb dafür ist. Ein früherer deutscher Bundeskanzler hat sogar einmal behauptet, die Erweiterung sei eine anglo-amerikanische Verschwörung, um die EU zu zerstören. Unfug auf Stelzen, wie Jeremy Benthon einmal gesagt hat. Ja, wir sind für die Erweiterung der EU – aber gerade weil wir an das europäische Projekt glauben. Wir glauben an die europäischen Werte. Und wir glauben an ihre Fähigkeit, Gesellschaften zu transformieren und Völker zu vereinen. Und wir sind überzeugt, dass Europa mit jedem neuen Mitglied, das die Bereitschaft zeigt, nach diesen Werten zu leben, stärker wird. In Europas fünfter Erweiterungsrunde wurden 2004 zehn

neue Mitglieder aufgenommen. Damit wurde die Teilung Europas mit friedlichen Mitteln beendet. So, wie die alten Feindschaften in den 50er Jahren mit Kohle und Stahl begraben wurden. Indem Europa Wandel und Reform an seinen Grenzen fördert, schafft es nach und nach einen Raum demokratischer Staaten, der von der Ägäis bis zum Atlantik, vom Schwarzen Meer zur Ostsee reicht. Wir alle in Europa profitieren von der Erweiterung, obwohl wir die Vorteile nicht immer unmittelbar sehen. Vielleicht erinnern Sie sich, dass die EU-Mitgliedschaft Spaniens einmal umstritten war. Heute würde niemand mehr behaupten, die EU wäre besser dran ohne Spanien. Bald wird es mit der Tschechischen Republik und Slowenien – und den anderen, die am 1. Mai 2004 beigetreten sind – genauso sein. Mit Bulgarien und Rumänien, eines Tages vielleicht auch mit der Türkei. Natürlich müssen strenge Aufnahmekriterien für die Mitgliedschaft gelten. Diese müssen während des gesamten Beitrittsprozesses aufrechterhalten werden. Die Kommission tut das zu Recht bei Bulgarien und Rumänien. Die EU ist eine Union der Werte und Normen. Sie müssen erfüllt sein, bevor ein Staat beitreten kann. Aber die Ausbreitung dieser Werte und Normen gehört zu unseren größten Leistungen. Und sie sollte weiter unser höchstes Ziel bleiben.

Kurz gesagt haben diese drei Irrtümer heute etwa so viel mit der Realität zu tun wie das Bild der Deutschen mit Pickelhäuten. Großbritannien macht sich für ein politisches Europa stark. Wir sind bereit, dafür zu zahlen – und tun das auch. Und wir sind überzeugt, dass Europa durch Verbreitung seiner Werte und durch Aufnahme neuer Mitglieder stärker wird. Durch die Beseitigung dieser Irrtümer wollte ich Ihnen zeigen, dass wir keine schlechten Europäer sind. Aber ich gehe jetzt noch weiter. Ich werde Ihnen zeigen, dass wir gute Europäer sind.

II. Was einen guten Europäer ausmacht

Was also macht einen guten Europäer aus? Ist es jemand, der sich für europäische Werte einsetzt? Und was sind europäische Werte? Die Frage ist einfach zu beantworten. Es steht in Artikel 6 des Vertrags über die Europäische Union. Ich zitiere: »Die Union be-

ruht auf den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit.« Sagen Sie mir, welcher dieser Werte nicht auch ein britischer Wert ist! Nennen Sie einen, bei dessen Entwicklung Großbritannien keine entscheidende Rolle gespielt hätte! Von der *Bill of Rights* 1689 bis hin zu den finsternen Zeiten Europas im 20. Jahrhundert, als Großbritannien als einziges Land in Europa diese Werte am Leben erhielt. Wenn ein guter Europäer also jemand ist, der diese Werte vertritt, dann sind wir vorbildliche Europäer. Manche Menschen denken aber an etwas anderes, wenn sie von guten Europäern sprechen. Sie verweisen auf die Arbeit der Gründerväter der EU – Monnet und Schuman. Gute Europäer sind für sie diejenigen, die diese Arbeit heute weiterführen. Nun gut. Was genau wollten Monnet und Schuman denn erreichen? 1950, als die Fundamente der späteren Europäischen Union errichtet wurden, lagen die Gründe für eine bessere europäische Zusammenarbeit auf der Hand. Zwei Weltkriege und jahrzehntelange Konflikte hatten den Kontinent verwüstet. Erbitterte Rivalitäten mussten durch Bündnisse ersetzt, Gesellschaft und Wirtschaft wieder aufgebaut werden. Für Monnet ging es bei Europa nicht darum, die Nationalstaaten zu vernichten. Es ging darum, sie aus Krieg, wirtschaftlicher Entwurzelung und Diktatur herauszuführen. Monnet zeichnete sich durch besonderen Weitblick aus. Er wusste, dass Europa, wenn es sein Ziel erreichen wollte, mit den elementarsten Bausteinen anfangen musste, die der Kontinent hatte. Kohle und Stahl waren die Industrien, welche die Kriege genährt hatten. Mit ihnen sollte ein Projekt aufgebaut werden, das die Interessen der europäischen Länder so eng aneinander binden und die Verständigung so sehr verbessern würde, dass ein Krieg unmöglich würde. Aber in der Schuman-Erklärung war auch bereits vorgezeichnet, wie Europa sich entwickeln würde. Darin hieß es nämlich vorausahnend: »Europa lässt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung; Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen.« Die politische Logik Europas lässt sich am treffendsten in drei Zielen ausdrücken: Förderung des Friedens, Förderung des Wohlstands, Förderung der Demokratie.

Diese Ziele gelten für uns noch genauso, wie sie für die Generation nach dem Krieg galten. Wer sie verfolgt, ist ein guter Europäer, würde ich sagen. Aber um diese Ziele – Frieden, Wohlstand und Demokratie – auch im 21. Jahrhundert fördern zu können, benötigen wir neue Ansätze und Konzepte. Wir müssen erkennen, dass sich die Umstände seit 1950 radikal geändert haben. Wenn Europa vorankommen will, muss es auf neue Herausforderungen reagieren. Ich möchte die beträchtlichen Erfolge Europas keineswegs schmälern. Fünfzig Jahre nach der Schuman-Erklärung könnte man einige davon leicht für selbstverständlich betrachten. Dass ein Krieg zwischen den europäischen Nationen heute unvorstellbar ist, kann sicherlich als Europas schönster Erfolg gelten. Aber der Aufbau des europäischen Projekts ist damit nicht am Ende. Neue Herausforderungen sind hinzugekommen. Und wenn Europa etwas erreichen will, muss es zuerst die politischen Antworten auf diese Herausforderungen finden. Erst danach sollte es sich Gedanken darüber machen, wie institutionelle Veränderungen dazu beitragen können. Nicht umgekehrt. Erst entscheiden, was wir tun wollen; und dann überlegen, wie. Von Anfang an ging der Trend in Europa dahin, die institutionelle Integration voranzutreiben. Anfangs war dies nicht nur natürlich, sondern notwendig. Aber mit der Zeit wurde es fast zum Selbstläufer und in jedem Fall zum alles absorbierenden Dauerthema. Zu häufig in letzter Zeit diente die Integration nicht dazu, Probleme zu lösen. Sie war ein Vorwand, um sich vor der Lösung der Probleme zu drücken. Schlimmer noch: Unter den Bürgern Europas machte sich die Stimmung breit, dass Europa – außerstande, seine echten Probleme zu lösen – nun daranging, eingebildete Probleme zu lösen: durch Vorschriften, die niemand wollte und die auf eine Weise umgesetzt wurden, die jeder verabscheute. Geben Sie den Bürgern Europas ein europaweites Programm zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, die über die Grenzen nach Europa hereinkommt, und sie werden dafür sein. Sagen Sie ihnen, dass Europa beschlossen hat, die Vorschriften für Vitamintabletten zu harmonisieren, und sie werden verärgert reagieren. Für einen gemeinsamen Markt ist es notwendig, dass bestimmte Vorschriften standardisiert und harmonisiert werden, wenn er funktionieren

soll. Aber die Menschen wollen den Beweis dafür sehen, dass es notwendig ist, und dass es nicht einfach aus Prinzip geschieht.

III. Welches sind die Herausforderungen, vor denen die EU heute steht?

Ich möchte nur vier davon erwähnen.

Die erste ist die *Globalisierung*. Die Globalisierung ist ein Prozess, von dem wir in Europa seit Jahrhunderten profitiert haben. Besonders Deutschland als Exportweltmeister. Heute setzt die Globalisierung die europäischen Staaten jedoch unter einen enormen Wettbewerbsdruck – von Seiten der USA, aber auch von Seiten Chinas, Indiens und der neuen Schwellenländer in Asien. Um dieser Herausforderung gerecht zu werden, muss Europa sich reformieren und modernisieren. Dabei kommt es auch auf das Tempo der Wirtschaftsreformen in Europa an: Die Befürchtung ist, dass die Reformen zu lasch und zu langsam sind. Die Statistiken zeigen, dass Europa in punkto Wachstum und Produktivität weit zurückgefallen ist. Das BIP Asiens wächst dreimal so schnell wie das Europas. Mit einem durchschnittlichen BIP-Wachstum von über 9 Prozent hat China Großbritannien gerade von seinem Platz als viertgrößte Volkswirtschaft verdrängt. Vor der Erweiterung hatte Europa 80 Millionen Einwohner mehr als die Vereinigten Staaten, produzierte aber jährlich etwa 20 Prozent weniger Wohlstand. In den letzten 20 Jahren hatte die Union im Durchschnitt ein Wachstum von 2,4 Prozent. Die USA hatten 3,3 Prozent. Das Wohlstandsgefälle zwischen Europa und Amerika beträgt heute schon zwei Billionen Euro.

Wenn dieser Trend anhält, wird die Kluft bis 2010 auf vier Billionen Euro anwachsen. Dann wäre das amerikanische Bruttoinlandsprodukt 40 Prozent größer als das europäische. Die USA haben eine höhere Beschäftigungsquote und eine höhere Produktivität pro Arbeitnehmer. Ihre Beschäftigungsquote ist fast 10 Prozent höher als die der Union. Und die Produktivität ist sogar 20 Prozent höher als bei uns. In der EU haben wir eine Arbeitslosigkeit von durchschnittlich 8 Prozent. Über 20 Millionen Menschen in Europa haben keine Arbeit. Weitere 92 Millionen sind

wirtschaftlich inaktiv. Das ist ein Drittel der Bevölkerung Europas im erwerbsfähigen Alter. Europa arbeitet buchstäblich nicht. Gleichzeitig steht Europa vor der doppelten Herausforderung einer alternden Bevölkerung und sinkender Geburtenraten. 2050 könnten in der EU auf jede Person im erwerbsfähigen Alter zwei Rentner kommen.

Können wir bei diesen Entwicklungen noch mithalten? Wir sind sozusagen immer noch im Rennen, aber wir fallen zurück. Die EU muss den Mut finden, die Wirtschaftsreform anzupacken. Sonst verlieren wir das Rennen, und das wird für unsere Lebensweise Konsequenzen haben.

Die zweite Herausforderung, auf die ich zu sprechen kommen möchte, ist die *Energiepolitik*. Durch die Globalisierung haben der Ölpreis und die Sorge um den Zugang zur Energie und die Sicherheit der Energieversorgung Auswirkungen auf den Lebensstandard aller Menschen, nicht nur der Europäer. Der Streit zwischen Russland und der Ukraine über die Gaslieferungen Anfang des Jahres hat gezeigt, dass die Energieversorgung weltweit zunehmend als wirtschaftliches und politisches Druckmittel eingesetzt wird. Und dennoch haben wir in Europa, wie Präsident Chirac kürzlich feststellte, keine klare gemeinsame Politik, mit der wir unseren Bedarf und unsere Interessen definieren. Lassen Sie uns eine solche Politik entwickeln! Schaffen wir einen funktionierenden Binnenmarkt für Energie. Wie Angela Merkel sagte, kann der Binnenmarkt nur dann funktionieren, wenn der Strom frei fließt und wir europäische Champions akzeptieren, statt rein national zu denken. Schaffen wir eine gemeinsame EU-weite Infrastruktur, die auf Marktprinzipien beruht. Bilden wir eine einheitliche Front gegenüber den Energielieferländern und machen wir die Energiepolitik zu einer Priorität unserer Außenpolitik. Wir müssen dafür sorgen, dass die Energieversorgung wettbewerbsorientiert, nachhaltig und für unsere Bürger erschwinglich bleibt.

Die dritte Herausforderung ist *Bildung und Ausbildung*. Bei den Lohnkosten haben wir keine Chance, mit einem Land wie Chi-

na zu konkurrieren. Wir können nur versuchen, auf der Basis des Wissens und Könnens unserer Arbeitskräfte zu konkurrieren. Die Idee der Universität wurde in Europa geboren. Aber heute verlieren unsere Universitäten an Bedeutung und Einfluss. Von 1900 bis 1921 gingen 18,3 Prozent aller Nobelpreise in den Naturwissenschaften an Frankreich, nur 3,3 Prozent an die Vereinigten Staaten. Von 1980 bis 2003 bekamen die USA dagegen fast 60 Prozent aller Nobelpreise in den Naturwissenschaften, Frankreich nur noch 2,6 Prozent. Die Zahl der deutschen Nobelpreis-träger in den Naturwissenschaften sank im gleichen Zeitraum um zwei Drittel, die der britischen um die Hälfte. Wir müssen einfach mehr Geld für unsere Universitäten ausgeben. Ich glaube nicht, dass einheitliche Vorschriften in der EU alle Probleme lösen. Jedes Land hat seine eigenen Systeme, seine eigenen Strukturen. Eine Lösung, die für ein Land die richtige ist, muss nicht unbedingt auch anderswo funktionieren. Deshalb macht es keinen Sinn, alles von Brüssel aus regulieren zu wollen. Aber es macht sehr wohl Sinn, Erfahrungen auszutauschen und voneinander zu lernen. Großbritannien und Deutschland tun das bereits.

Die vierte und letzte Herausforderung, die ich erwähnen möchte, ist die *Sicherheit*. Die Bewältigung von Herausforderungen wie Terrorismus, regionaler und globaler Instabilität liegt sicherlich in unser aller Interesse. Keine dieser Herausforderungen kann von Nationalstaaten im Alleingang überwunden werden. Wenn wir zusammenarbeiten, steigt die Wahrscheinlichkeit eines Erfolgs. In den meisten Fällen ist ein Erfolg überhaupt nur dann möglich. Die sicherheitspolitischen Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland waren immer eng. Und das wird auch so bleiben. Trotz der Differenzen wegen des Iraks arbeiten wir in Afghanistan, auf dem Balkan und bei der Bekämpfung des Terrorismus eng zusammen.

Ich freue mich festzustellen, dass alle vier Themen – Wirtschaftsreform, Energie, Universitäten und Sicherheit – während der deutschen Präsidentschaft im nächsten Jahr ganz oben auf der europäischen Agenda stehen werden. Alle vier standen auch auf der

Tagesordnung der britischen Präsidentschaft im letzten Jahr ganz oben. Weil wir wissen, was die Bürger Europas wollen: Sicherheit, Arbeitsplätze, Frieden, Wohlstand und Demokratie – genau wie zu Zeiten von Schuman und Monnet. Diese Ziele zu verwirklichen, ist das Ziel des guten Europäers. Aber hierfür muss er sich den neuen Herausforderungen stellen. Die Bewältigung dieser Herausforderungen bildet den Kern der Europapolitik der britischen Regierung – und den Kern dessen, was wir in Europa erreicht haben.

IV. Warum Großbritannien ein vorbildlicher Europäer ist

Zum Abschluss möchte ich noch ein paar Worte dazu sagen, warum Großbritannien ein vorbildlicher Europäer ist. Wir sprachen schon davon, dass die Herausforderungen der Globalisierung angepackt werden müssen.

Nun, Großbritannien tut das schon. Wir bringen wirtschaftliche Dynamik in die Gemeinschaft. Seit 1992 ist unsere Wirtschaft um 40 Prozent gewachsen, die deutsche um rund zehn Prozent. Großbritannien bietet seinen europäischen Partnern einen gesunden Exportmarkt. Deutschland hat gegenüber Großbritannien einen Exportüberschuss von 20 Milliarden Euro. In welchem Zustand befände sich wohl die deutsche Wirtschaft ohne alle diese Audis, Miele-Waschmaschinen und Bosch-Wäschetrockner, die in Großbritannien gekauft werden? Das ist echtes Engagement für Europa! Großbritannien ist aber mehr als ein Absatzmarkt. Wir packen die Wirtschaftsreformen an, die Europa dringend braucht.

Und dabei denken wir global. Wir wissen, dass Europa mit jüngeren, dynamischeren Volkswirtschaften wie Indien oder China konkurriert. Wir haben auch über die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen an Europa gesprochen. Großbritannien ermöglicht eine europäische Verteidigung. Wir bemühen uns, eine Verteidigungspolitik zu gestalten, die nach ihrer Fähigkeit, Truppen einzusetzen und Frieden zu schaffen, beurteilt wird. Nicht nach der Zahl der Institutionen, die sie gründet.

Und schließlich: *Kommen wir unseren Verpflichtungen nach?* Wenn wir einer Brüsseler Richtlinie zustimmen, dann setzen wir

sie auch um. Diejenigen Staaten, die am lautesten über ihre europäischen Visionen reden, sind bei der Umsetzung häufig die Schlusslichter. Nach dem jüngsten Bericht der Kommission haben Großbritannien und die nordischen Länder die beste Bilanz der Umsetzung von EU-Recht.

Und welches sind die Schlusslichter? Das können Sie selber nachlesen. Aber seltsamerweise steht die Bereitschaft, pro-europäische Reden zu halten, im umgekehrten Verhältnis zur Bereitschaft, EU-Recht auch in Kraft zu setzen. Ob es darum geht, die Lissabon-Ziele für die Vollbeschäftigung zu erreichen, die Kyoto-Verpflichtung zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen einzuhalten oder den Europäischen Haftbefehl in Kraft zu setzen – Großbritannien geht mit gutem Beispiel voran.

Ich habe diesen Vortrag damit begonnen, einige der Irrtümer über Großbritanniens Rolle in der EU aufzuklären:

- dass wir bloß eine Freihandelszone wollten,
- dass wir nicht bereit wären, unseren Beitrag zu zahlen,
- und dass wir uns für die Erweiterung einsetzten, um die Vertiefung zu verhindern.

Ich habe versucht zu beweisen, dass Großbritannien für ein politisches Europa steht. Dass wir bereit sind, dafür zu zahlen – und es auch tun. Und dass wir überzeugt sind, dass Europa durch die Verbreitung seiner Werte und die Aufnahme neuer Mitglieder nur stärker werden kann. Anschließend habe ich mich mit der Frage beschäftigt, was es heißt, ein guter Europäer zu sein. Europas Werte sind auch die Werte Großbritanniens. Ich habe argumentiert, dass die EU sich heute neuen Herausforderungen stellen muss, zum Beispiel der Globalisierung und der Sicherheit der Energieversorgung. Und ich habe dargelegt, dass Großbritannien hier mit gutem Beispiel vorangeht.

Sollte das ein wenig selbstgefällig klingen, möchte ich es zum Schluss doch etwas relativieren. Ich glaube, dass wir gute Europäer sind. Aber es gibt viele andere. Ich bewundere den immensen Beitrag, den Deutschland zum Aufbau des modernen Europas leistet. Und den Beitrag Luxemburgs, und insbesondere den von Herrn Santer. Jeder kann das Seine dazu beitragen.

In der Bamberger Hegelwoche möchte ich auch einmal diesen großen Deutschen bemühen. Hegel vertrat die Auffassung, dass der Verlauf der Geschichte durch eine Dialektik bestimmt war. Dass der Fortschritt durch Widersprüche und Spannungen vorangetrieben wurde. Nun ja, davon haben wir in der EU genug! Hoffentlich heißt das, dass wir auf dem Weg zu der von Hegel erträumten Vollendung von Freiheit und Vernunft sind. Und wenn es schon nicht die Vollendung von Freiheit und Vernunft ist, der wir entgegensehen, dann doch zumindest der deutschen EU-Präsidentschaft – sicherlich der zweitbeste aller möglichen Zustände.

Und wenn Sie von all dem, was ich heute gesagt habe, nur einen Gedanken in Erinnerung behalten können, dann bitte den: Eine funktionierende EU ist für den Wohlstand und die Sicherheit Großbritanniens unverzichtbar. Umgekehrt gilt aber auch: Großbritannien ist unverzichtbar für eine vorwärtsgewandte und dynamische EU.

Jacques Santer

KRISEN ALS CHANCE?
HERAUSFORDERUNGEN UND
VISIONEN FÜR EUROPA

In seinem Werk *Die Europäische Union und ihre Krisen*, erschienen im Nomos Verlag, hat mein früherer Assistent und Mitarbeiter Romain Kirt seine Einführung erstaunlicherweise mit einem Zitat von Erich Kästner aus dem Jahre 1931 eingeleitet: »In seinem Roman *Fabian – Die Geschichte eines Moralisten* schreibt Kästner: »Und jetzt sitzen wir wieder im Wartesaal, und wieder heisst er Europa. Und wieder wissen wir nicht, was geschehen wird. Wir leben provisorisch, die Krise nimmt kein Ende.« Diese Zeilen sind nicht nur hochaktuell, sie illustrieren auch recht plakativ, dass es in Europa immer schon Krisen gegeben hat und dass immer schon über diese Krisen geredet wurde.

Aber, hat nicht schon Jean Monnet den Ausspruch getan: »Die Krisen sind die großen Einiger in Europa.« In seinem oben erwähnten Buch führt Romain Kirt auch an, dass das chinesische Alphabet für den Begriff »Krise« zwei Schriftzeichen kennt: Das eine bedeute »Chaos«, das andere »Hoffnung«. Und in der Tat, im Rahmen der europäischen Integration wurde mit jeder wie auch immer gearteten Krise stets die Hoffnung verbunden, einen Ausweg aus einer temporär chaotischen Lage zu finden. Krisen, das soll allerdings hier nicht geleugnet werden, haben den europäischen Integrationsprozess auch immer eine gewisse Zeit gelähmt. Sie haben jedoch nie diesen Prozess komplett stoppen können, da sie stets als Chance zur »Katharsis«, zur Läuterung und zur Wiederankurbelung der europäischen Einigungsbestrebungen betrachtet wurden.

Sind wir heute, nach dem Scheitern der Referenden in Frankreich und Holland, nach dem Krisengipfel im Juni 2005 in Brüssel, nicht in einer ähnlichen Lage? Die Entscheidung eine Denkpause über Europa einzulegen ist der beredte Ausdruck der Ratlosigkeit nach dem Nein der Franzosen und Niederländer zum Referendum über den Verfassungsvertrag.

Die Ablehnung von einem Gründerstaat Frankreich, der dazu noch immer den Anspruch erhoben hat, die politische Führungsrolle in der Europäischen Gemeinschaft zu übernehmen, sowie von einem anderen Gründerstaat, den Niederlanden, die im Verbund mit den Beneluxstaaten immer als seine Integrations Spitze betrachtet wurde, all das bewirkt notwendigerweise ein Erdbeben und rüttelt an den Fundamenten der EU.

Heute stehen wir vor einem Scherbenhaufen. Wie konnte es so weit kommen? Mit Schuldzuweisungen ist es nicht getan. Das Volk hat abgestimmt und mit den Politikern abgerechnet. Denn in den Mitgliedsstaaten, die den Weg der Ratifizierung des Verfassungsvertrags über die Parlamente beschritten haben, (wie die Bundesrepublik oder Italien, nur um diese Länder zu nennen, die auch ähnlich wie Frankreich mit wirtschaftlichen und sozialen Problemen zu kämpfen haben) gab es keine Schwierigkeiten; im Gegenteil: außergewöhnlich hohe Mehrheiten haben die parlamentarische Zustimmung gegeben. Kam es also zu einer Kluft zwischen den Politikern und dem Volk?

Hohe Arbeitslosigkeit, unverdaute Reformen im Sozialbereich und im Bildungswesen, starke Ankündigungen, die keine Folgen hatten, haben zum Ansehensverlust der Regierungen in Frankreich und des Präsidenten geführt. Das Vertrauen der Bürger wurde endgültig verloren und die Kluft zwischen Politik und Volk immer größer.

Alle diese Vorgänge bewirken, dass die Bürger zunehmend von Existenzängsten betroffen wurden. Hinzu kommen die Protestwellen, die sich gegen die sog. Bolkestein-Richtlinie zur Liberalisierung der Dienstleistungen gewandt haben, wie auch die zunehmende und populistisch geführte Debatte über »Delokalisierungen« von klein- und mittelständischen Unternehmen in den neuen Mitgliedsstaaten im Osten Europas, die als »Lohn-, Sozial- und Fiskaldumping« gebrandmarkt wurden. Obschon alle diese Vorgänge, Diskussionen und Auseinandersetzungen nichts mit dem zur Diskussion stehenden Verfassungsvertrag zu tun hatten, offenbarten sie ein großes Unbehagen und Misstrauen gegenüber den Politikern. Hier stellt sich eine grundlegende Frage zur Verantwortung der Politiker gegenüber dem Bürger, insbe-

sondere was die EU-Aufnahmefähigkeit anbelangt. Alle EU-Verantwortlichen in den »alten« Mitgliedsstaaten sind vor die Frage gestellt, ob sie ihren Bürgern vermitteln konnten, dass die Osterweiterung ein historischer Schritt zur Wiedervereinigung unseres Kontinents in Frieden und Freiheit war, dass die Solidarität der Grundpfeiler unserer Gesellschaft ist und dass wir unseren Brüdern und Schwestern im Osten, die allzulange unter dem Joch der Sowjetunion gelitten haben, unsere aktive und gemeinnützige Unterstützung und Solidarität bezeugen. Wir haben versäumt, aus dieser historischen Wiedervereinigung eine neue Motivation für Europa besonders für die jüngere Generation zu begründen. Eines scheint mir klar: Mit der emotionalen Bindung an Europa der älteren Generation, entstanden aus den Wirren und auf den Ruinen des 2. Weltkrieges, lässt sich die jüngere Generation nicht mehr motivieren. Hinzu kommt, dass wir keine großen Leaderfiguren mit Visionen für Europa haben. Auch wenn in den vergangenen Jahren immer wieder die deutsch-französische Freundschaft geradezu beweihräuchert wurde, blieben die Antriebskräfte dieses Motors eher lahm und vermochten nicht, glaubwürdige und zukunftsweisende Impulse zu geben. »Zum ersten Mal in 50 Jahren haben Deutsche und Franzosen unterschiedliche Positionen zu einer grundlegenden europäischen Frage«, so der französische Außenminister Michel Barnier, der pessimistisch gar von einer »Scheidung« sprach. Dies war ein schwerer und gefährlicher Rückschlag für die europäische Einigung. Dieser Prozess beruht auf der freundschaftlichen, aktiven Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland, die den eigentlichen Grundpfeiler des Europäischen Hauses bildet. Robert Schuman hatte am 9. Mai 1950 die Wiederversöhnung (*reconciliation*) zwischen Deutschland und Frankreich als Grundlage für die Einigung Europas hingestellt. Aber was erfolgt, wenn dieser Grundpfeiler Risse aufzeigt? Ich erwarte deshalb, dass beide Partner – nach intensiven Vorbereitungen – neue, starke und glaubwürdige Impulse und Orientierungen geben sollen.

Aber haben sie die Kraft und das dazu nötige Engagement, das Misstrauen der Bürger gegenüber der europäischen Entwicklung zu entkräften oder wenigstens zu entkrampfen? Die Ver-

antwortlichen in der Politik müssen sich fragen, ob in den letzten Jahren den Bürgern nicht zuviel auf einmal zugemutet wurde und das Europaschiff überfrachtet wurde. Der »Erweiterungs-Big-Bang«, der auf dem Gipfel in Helsinki im Jahre 1999 beschlossen wurde, wo auch die Kandidatur der Türkei zur Vollmitgliedschaft zurückgehalten wurde, hat die Bürger zusehends verunsichert. Die Debatten besonders in Frankreich haben bewiesen, dass mit Delokalisierungs- und Immigrationsdiskussionen, die keinen eigentlichen Bezug zum Verfassungsvertrag hatten, Ängste geschürt wurden. Wäre es nicht klüger gewesen, die pragmatische und mehr behutsame Politik der 1997 beschlossenen Agenda 2000 weiterzuführen? Meines Erachtens ist jetzt der Augenblick gekommen, wo die Staats- und Regierungschefs sich eingehend mit der Finalität Europas und mit ihrer geographischen Gestaltung auseinandersetzen müssten.

Die Integration Europas hat sich wohl als richtige Strategie erwiesen. Auch Rückschläge und Krisen ändern nichts an der Tatsache, dass die Europäische Gemeinschaft seit nunmehr über 50 Jahren als Stabilitätsanker nach innen wie nach außen entscheidend zu Freiheit und Sicherheit, Wohlstand und sozialem Frieden beigetragen hat. Die über die Verträge von Maastricht und Amsterdam zur Europäischen Union weiterentwickelte Gemeinschaft gehört heute zu den politisch attraktivsten und erfolgreichsten Regionen der Welt. Kein Mitgliedsstaat der Union kann und will diese Erfolge aufs Spiel setzen.

Die heftigen Diskussionen um den Verfassungsvertrag und die Referenden, die in Frankreich und den Niederlanden wie auch in Luxemburg stattfanden, haben gezeigt, dass die Union zum Teil erheblichen Akzeptanzproblemen in der Bevölkerung gegenübersteht. Die Unsicherheiten und Ängste, die dabei sichtbar wurden, sind gewiss nicht allein durch das Erscheinungsbild der Gemeinschaft bedingt, sondern sind auch Folge eines allgemeinen politischen Vertrauensverlustes, der in nahezu allen Staaten Westeuropas zu beobachten ist. Doch die Europäische Union ist gefordert, der ihr gegenüber gewachsenen Distanz entgegenzuwirken. Die gegenwärtige ambivalente öffentliche Meinung zum Integri-

onsprozess erleichtert die Umsetzung der vorgelegten Reformen nicht, macht sie aber bei näherem Hinsehen umso dringlicher. Gelingt es nicht, die Bürger für die europäische Sache zu gewinnen, droht der EU die Erosion von innen.

Aber, meine Damen und Herren, warum hat denn der Europagedanke viel von seiner ursprünglichen Zündkraft und Dynamik eingebüßt? Ich persönlich bin der Meinung, dass die europäische Öffentlichkeit im Laufe der Jahre den Faden verloren hat und dass sie die politische Übereinstimmung unserer Länder über die Beweggründe für die Durchführung des gemeinsamen Werks wie auch über die Wesenselemente dieses von uns angestrebten Europas vermisst. Wenn wir die europäische politische Union zustande bringen wollen, müssen wir daher zunächst dieses gemeinsame Leitbild wiederherstellen.

Heute, im Jahre 2006, empfinden die Europäer die Beweggründe für das europäische Einigungswerk nicht mehr in der gleichen Weise wie 1950 bei seinem Beginn. Der Europagedanke ist zum Teil Opfer seiner Erfolge geworden. Die Versöhnung früherer Feinde, der durch den erweiterten Markt ermöglichte wirtschaftliche Wohlstand, das Ende des Kalten Krieges, der Fall der Berliner Mauer – all das scheint bereits definitiv erreicht und keiner neuerlichen Anstrengungen zu bedürfen. Europa ist heute etwas Alltägliches geworden, es hat den Reiz des Abenteuers eingebüßt.

Unsere Völker setzen sich mit neuen Problemen und neuen Werten auseinander, von denen in den Verträgen kaum oder gar nicht die Rede ist. Sie konstatieren, dass sich die politische Union nicht automatisch aus der Integration der Volkswirtschaften ergibt, und allzu viele fruchtlose Diskussionen stellen die Glaubwürdigkeit und Aktualität des gemeinsamen Unternehmens in Frage. Insofern ist der Europagedanke auch ein Opfer seiner Fehlschläge.

Dies war unsere Geisteshaltung, als Europa in eine Krise geriet, die uns Inflationsraten und Arbeitslosenquoten brachte, wie sie die heutige Generation noch nie erlebt hat. Es ist also nicht verwunderlich, dass die Gemeinschaft unter dem Druck des überall spürbar werdenden Wiedererstarkens eng nationaler Belange

zerbröckelt, umso mehr, als diese Gemeinschaft in ihrer heutigen Form unausgewogen ist. In einigen Bereichen sind ihr wichtige Zuständigkeiten übertragen worden, während in anderen nichts oder fast nichts geschehen ist. Der Grund lag häufig darin, dass unsere Staaten zu schwach waren, um neue Anstrengungen zu unternehmen; denn ist nicht die Schwäche Europas auch das Spiegelbild der Ohnmacht unserer Staaten?

Ein unvollendetes Bauwerk kann dem Zahn der Zeit nicht standhalten; es muss fertiggestellt werden, sonst zerfällt es. Alles in der Union bisher Erreichte steht daher heute auf dem Spiel.

Wir befinden uns also in einer Reflektionsphase. Wir müssen darüber nachdenken, wie es mit Europa weitergehen soll. Am Ende der Reflektionsphase sollten wir in der Lage sein, auf drei Fragen Antwort zu geben.

- Wieviel Europa wollen wir? Wie weit soll die Vertiefung gehen?
- Wo liegen die Grenzen der Europäischen Union? Wieviel Erweiterung können wir also verkräften?
- Was trägt Europa zur Sicherung unserer Zukunft bei? Wie bewahren wir Wohlstand und soziale Sicherheit?

Es wäre anmaßend von mir, in diesem Stadium schon verbindliche Antworten auf diese Fragen zu geben. Es sollte ja eine Debatte, einen Dialog mit den Bürgern darüber geben.

Die Fragen beinhalten meines Erachtens prioritär die politische und geographische Finalität der Union.

Eines scheint mir klar. Das zukünftige Europa wird nicht der »Superstate« sein, den die britische Boulevardpresse nicht müde wird als Schreckensgespenst zu stigmatisieren. Wir werden das Europa nicht aufbauen nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten von Amerika. Die nationale wie auch die kulturelle Identität der einzelnen Mitglieder wird erhalten bleiben. Jacques Delors hat einmal den Ausdruck geprägt: Die Europäische Union wird eine Föderation von Nationalstaaten sein. Aber ist dies nicht eine *Contradictio in terminis*? Europa wird also ein Verbund von Staaten sein und auf lange Zeit bleiben. Es stellt sich die Frage: Wie or-

ganisiere ich diesen Verbund und was soll er tun? Dazu beinhaltet meines Erachtens der Verfassungsvertrag geeignete Kompromissvorschläge.

Auch sollten wir nicht glauben, Europa müsse alles tun. Weniger ist manchmal besser. »Less but better«, war der Slogan meiner EU-Amtszeit, und in einem Zug habe ich 240 Vorschläge vom Tisch des Hauses zurückgezogen, zum größten Leidwesen der Europaparlamentarier. Neben der politischen Finalität ist die geographische Finalität – die Frage nach den Grenzen Europas – von hervorragender Bedeutung. Der französische Historiker Jacques LeGoff hat deutlich gemacht, dass es keine Identität Europas geben kann ohne eine geographische Abgrenzung. Hier stellt sich die Frage, ob wir nicht ein wenig voreilig handelten z.B. in der Türkeifrage, ohne ein Gesamtkonzept über die Entwicklung in anderen Staaten unseres Kontinents entworfen zu haben.

Eines scheint mir jedenfalls auferlegt: Je weiter wir die Grenzen Europas ausdehnen, je grösser und aufdringlicher wird die Frage nach einem Kerneuropa. Allerdings drücken sich die Politiker um diese Frage wie die Katze um den heissen Brei. Aber sie wird sich stellen, so oder so!

Bleibt die dritte Frage: die Frage nach der Zukunftssicherung, wirtschaftlich und sozial. Wirtschaftliches Wachstum, Produktivität und Beschäftigung sind in Europa weitestgehend unbefriedigend. Hinzu kommen neue Herausforderungen: etwa die alternde Gesellschaft oder durch die fortschreitende Globalisierung erfordernten Anpassungszwänge. Hier hat Europa versagt. Es war wohl überheblich, 2000 in alle Welt hinauszuposaunen, Europa bis zum Jahre 2010 zur wettbewerbsfähigsten, auf Wissen gegründeten Wirtschaftsregion der Welt zu machen. Diese Lissabon-Strategie ist kläglich gescheitert; sie hat wesentlich zur Politikverdrossenheit beigetragen und der Glaubwürdigkeit der europäischen Institutionen geschadet.

Hier wurde wohl ein neuer Anlauf genommen – bleibt nur abzuwarten, ob die Regierungen den Willen und den Mut haben, diese neuen Ansätze auch auszubauen.

Das Konzept der Gründerväter der europäischen Integration nach dem Zweiten Weltkrieg war ausgesprochen erfolgreich, so

erfolgreich, dass Mitte der 90er Jahre der bekannte amerikanische Philosoph Prof. Samuel Huntington in seinem Buch *State of the World* Folgendes geschrieben hat: »Sollte die Europäische Gemeinschaft sich politisch zusammenschliessen, hätte sie die Bevölkerung, die Ressourcen, den ökonomischen Wohlstand, die Technologie und die potentielle militärische Stärke, die herausragende Macht des 21. Jahrhunderts zu werden. Eine Union von demokratischen, wohlhabenden, sozial unterschiedlichen Gesellschaften mit gemischten Wirtschaften wäre eine mächtige Kraft auf der Weltbühne. Wenn das nächste Jahrhundert kein amerikanisches sein sollte, dann wahrscheinlich ein europäisches!«

Und ein anderer Angelsachse, der bekannte britische Historiker Timothy Garton Ash, hat folgende Passage in seinem Buch *Freie Welt* niedergeschrieben: »Europa hat eine außerordentliche Geschichte zu erzählen, die von der Ausbreitung der Freiheit handelt. Auf dem Höhepunkt des Zweiten Weltkrieges, 1942, besaß ganz Europa nur 4 auf höchst gefährdete Weise freie Länder: Großbritannien, die Schweiz, Schweden und Irland. 1962 war Westeuropa fast gänzlich frei, ausgenommen von Spanien und Portugal. 1982 hatte es auch die Iberische Halbinsel geschafft; Griechenland war nach dem Intermezzo der Diktatur zurückgekehrt, aber der gesamte so genannte Ostblock lebte weiter in Unfreiheit. 2002 stufte Freedom House in Europa nur noch einen einzigen Staat – nämlich Weißrussland – als »unfrei« und im neuen Ost- und Südeuropa kaum mehr als eine Handvoll als partiell frei ein. Nach Erweiterung der EU auf 25 und der Nato auf 26 Mitglieder ist die Mehrheit der Länder Europas in Staaten-, Wirtschafts- und Militärbündnisse mit den gleichen Rechten und Pflichten vereint. Nie zuvor in der Geschichte ist Europa dem Ideal der »Einheit in Freiheit« so nahe gekommen. Wenn man darauf nicht stolz sein darf, worauf denn sonst?«

Ja, sind wir noch stolz auf Europa?

Wie können wir erreichen, dass die europäische Einigung wieder in den Mittelpunkt der politischen Debatten von morgen rückt? Was wollen die Europäer, was erwarten unsere Bürger von einem vereinigten Europa?

1. Die ungleiche Verteilung der Reichtümer bedroht die Stabilität des Weltwirtschaftssystems, die Erschöpfung der Bodenschätze lastet schwer auf der Zukunft der Industriegesellschaft, und die Internationalisierung des Wirtschaftslebens vergrößert die Abhängigkeit unseres Produktionsapparates. Unsere Staaten sind ganz sicher zu schwach, um allein diese Herausforderungen anzunehmen. Welches Gewicht haben heute noch einzelne europäische Nationen in diesem Globalisierungsstreben?

Dennoch ist der Wille zu einer aktiven Teilnahme sehr stark. Dies bezeugen Hunderttausende junger Europäer, die überall in der Welt in der Entwicklungszusammenarbeit tätig sind. Unsere Völker sind sich bewusst, Träger von Werten zu sein, die einen unschätzbaren Einfluss auf die Entwicklung der Zivilisation ausüben. Warum sollten wir aufhören, unser Gedankengut zu verbreiten, wie wir es immer getan haben? Wer von uns hat noch nicht mit Überraschung festgestellt, wie selbstverständlich für viele unserer ausländischen Gesprächspartner die europäische Identität ist? Der Aufruf an die Länder Europas, sich zu vereinen, ergeht nicht nur von innen.

Unsere Völker erwarten von der EU, dass sie der Stimme Europas Gehör verschafft, wann immer es erforderlich ist oder erwartet wird. Unsere gemeinsame Aktion soll unsere berechtigten Interessen wirksam verteidigen, die Grundlage für eine echte Sicherheit in einer gerechten Welt schaffen und uns die Teilnahme an diesem Dialog von Gruppe zu Gruppe sichern, der ganz eindeutig das neue Wesensmerkmal des internationalen Lebens ist. Wie ließen sich diese Forderungen in der Welt von heute miteinander in Einklang bringen, ohne dass wir uns vereinen?

Europa muss sowohl der Isolierung – in sich zurückziehen bedeutet, sich ausserhalb der Geschichte zu platzieren – als auch der Unterwerfung und zu starken Unabhängigkeit entgegen, die es daran hindern würde, seine Stimme zu erheben. Es muss wieder Herr seines eigenen Schicksals werden. Es muss eine Gesellschaftsform aufbauen, die uns eigen ist und die Werte widerspiegelt, die zugleich Erbe und gemeinsame Schaffung unserer Völker sind.

2. Wir empfinden alle, dass sich unsere Gesellschaft in diesem Zustand der besorgten Erwartung und des Protests befindet, der große Veränderungen ankündigt. Neue und manchmal widersprüchliche Wertmaßstäbe entstehen in allen Bereichen des sozialen Lebens. Es ist die Aufgabe der heutigen Generation, den Übergang zu einer postindustriellen Gesellschaft zu finden, die die grundlegenden Werte unserer Zivilisation respektiert und die Rechte des Einzelnen mit den Rechten der Gemeinschaft in Einklang bringt. Scheitern wir, so bringen wir unsere Demokratien in Gefahr und vererben unseren Kindern eine dekadente Gesellschaft.

Trotz der manchmal grundlegenden Meinungsverschiedenheiten über die in Betracht kommenden Lösungen besteht ein Minimumkonsens zwischen den demokratischen Kräften Europas bezüglich der Art der notwendigen Veränderungen. Dazu gehört eine neue Form des Wirtschaftswachstums, die der Lebensqualität und der menschlichen und natürlichen Umwelt stärker Rechnung trägt und wirtschaftliche und soziale Zielsetzungen besser miteinander in Einklang bringt. Ein Wachstum, das auf hochspezialisierte Tätigkeiten konzentriert ist und optimalen Nutzen zieht aus den Fähigkeiten, dem Organisationstalent und der Verwaltungserfahrung in den fortschrittlichen und komplizierten Bereichen der menschlichen Tätigkeit, die in Europa vorhanden sind und immer noch unseren spezifischen Vorteil in der Weltwirtschaft darstellen: das geistige Potential Europas. Dazu gehört auch die Entwicklung der persönlichen Mitverantwortung jedes Einzelnen am wirtschaftlichen und sozialen Leben durch die Beteiligung der Arbeitnehmer an dem Entscheidungsprozess, der Kontrolle und den Gewinnen der Unternehmen, durch eine größere Freiheit in der Organisation der Arbeit und durch mehr Transparenz, Dezentralisierung und Konsultation in der öffentlichen Verwaltung.

3. Die Öffentlichkeit in unseren Ländern wünscht kein technokratisches Europa. Die EU muss im täglichen Leben fühlbar werden und bürgernah sein. Sie muss in Bildung und Kultur, Information und Nachrichtenwesen, Jugendbetreuung und Freizeitgestaltung

ihren Ausdruck finden. Sie muss die Rechte des Einzelnen schützen und durch Institutionen, die ihre Legitimität aus dem Willen unserer Völker herleiten, die Demokratie stärken. Das Bild Europas muss den zugrunde liegenden Bestrebungen und den realen Möglichkeiten entsprechen, und nach innen wie nach außen die Solidarität unserer Völker und die Werte unserer Gesellschaftsforderung unter Beweis stellen. Ich bin überzeugt, dass es diesem Europa, dem Europa des Fortschritts, weder an Kraft noch an Dynamik mangeln wird.

Bei der Haager Europakonferenz im Mai 1948 sprach einer der früheren, leidenschaftlichsten Verfechter einer Europäischen Union, Coudenhove-Kalergi, eine denkwürdige Warnung aus: »Vergessen wir niemals, meine lieben Freunde, dass die Einigung Europas ein Mittel und kein Selbstzweck ist.«

Warum also überhaupt Europa? Wozu brauchen wir eine Europäische Union?

Wir brauchen dieses Europa, um einen Rückfall in die schlechten alten Zeiten des Kriegs und der Barbarei zu verhindern, die den Balkan bis ins letzte Jahr des vorigen Jahrhunderts hinein heimsuchten.

Wir brauchen dieses Europa auch, um den Wohlstand und die soziale Sicherheit zu wahren, die Westeuropa in den letzten 60 Jahren erarbeitet hat und jetzt versucht, mit dem übrigen Kontinent zu teilen, während es vor der Herausforderung des ökonomischen Wettbewerbs mit Asien und Amerika steht.

Wir brauchen Europa als Baustein für eine freie Welt. Heute hat unsere Generation die einmalige Chance, das Gründungswerk eines Robert Schuman weiterzuführen und zum ersten Mal seit über 500 Jahren unseren Kontinent in Frieden und Freiheit zu vereinen.

Wir sollten wieder stolz auf das Erreichte sein und somit den Weg für die kommenden Generationen unserer Kinder und Enkelkinder vorzeichnen!

Ich schließe mit dem Aufruf, den 7 europäische Staatschefs am 15. Juli 2005 unter dem Titel *Gemeinsam für Europa* verfasst haben. Ich zitiere: »Wir müssen die Periode des Nachden-

kens wirklich nutzen. Wir dürfen jetzt nicht die Flinte ins Korn werfen ... Wir brauchen Zähigkeit und Einfallsreichtum ... Wir müssen die Chancen eines geeinten und solidarischen Europas nutzen und so unserer Verantwortung für die nächsten Generationen gerecht werden.«

Das ist die Aufgabe, die vor uns liegt. Dazu brauchen wir Mut, Mut zur Erkenntnis der Probleme, Mut zur Erkenntnis der Lösungsmöglichkeiten, Mut zur Erkenntnis unserer Stärke, Mut vor allem zur Veränderung und Mut zu einem gemeinsamen und solidarischen Europa.

So können wir gemeinsam in die Zukunft investieren.

EINFÜHRUNG

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zum 2. Abend der diesjährigen Hegelwoche!

Wir haben uns vorgenommen, uns heute mit der Europa-Idee inhaltlich auseinanderzusetzen. Durch die Krise um die europäische Verfassung ist deutlich geworden, dass wir uns mit der Frage beschäftigen müssen, was uns Europäer über wirtschaftliche Interessen hinaus vereint, was uns infolgedessen möglicherweise von anderen Menschen auf diesem Planeten trennt, und wie wir uns in der globalisierten Welt dementsprechend verhalten sollen.

In der deutschen Diskussion ist gegenwärtig eine Begriffsverbindung sehr populär. Sie wird von Politikern und Journalisten eifrig weitergetragen. Es ist die Rede von den christlich-jüdischen Wurzeln unserer europäischen Identität.

Diese Formel ist in die Welt gekommen, weil ihre Urheber der Ansicht waren, sie hätten damit das Zentrum unseres abendländischen Denkens auf die prägnanteste Weise erfasst. Leider greift aber diese Vorstellung zu kurz, und weil sie *eine* unserer Wurzeln alleine nennt, ist die Gefahr der Verfälschung gegeben.

Die Identität von Menschen, aber auch von Völkern, wird durch ihre Geschichte geschaffen. Und wer seine Identität reflektieren will, tut gut daran, sich auf seine Wurzeln zu besinnen. Es besteht aber die Gefahr, dass man sich je nach geistiger Situation beliebig neue Wurzeln zulegt. So haben beispielsweise die Deutschen im 19. Jahrhundert mit Macht ihre germanischen Wurzeln entdeckt. Und sie haben sich darauf berufen, dass ihre germanischen Wurzeln im Gegensatz zu den Gedanken der europäischen Aufklärung stehen. Nach einer radikalen Wurzelbehandlung sind die Deutschen wieder auf den Weg der Aufklärung zurückgekehrt und erweisen sich als gute Europäer!

Aber was sind denn nun unsere Wurzeln?

Unsere abendländische geistige Kultur führen wir nach wie vor zurück auf die griechische Kultur, die in Verbindung mit der

nicht weniger bedeutenden römischen Rechtskultur im hellenistisch geprägten Altertum die tolerante, kosmopolitisch geprägte Hintergrundidee eines Vielvölkerstaates gewesen ist, der in seinen geographischen Dimensionen über die heutige EU hinausgegangen ist. Was haben die Griechen für unser philosophisches und politisches Selbstverständnis geleistet? Sie haben ein Menschenbild geprägt, das bis in die Gegenwart hinein für uns bestimmend wurde. Die griechischen Philosophen haben durch ihr philosophisches Fragen den Übergang vom Mythos zum Logos vollzogen. Sie haben damit unseren Denkstil bis heute bestimmt. Unsere europäische neuzeitliche Wissenschaftskultur, die sich globaler Akzeptanz erfreut, ist als Neubegründung am Beginn der Neuzeit die Weiterführung des antiken Wissensideals. Um es Ihnen sinnfällig vor Augen zu führen: Die gegenwärtige Atomtheorie, die sich in hochoriginellen metaphysischen Spekulationen ergeht, basiert auf jener denkerischen Vorentscheidung, die vor 2½ tausend Jahren von den griechischen Atomisten getroffen worden ist.

Unsere politische Kultur geht zurück auf die Theorien der beiden großen politischen Denker der Antike, Platon und Aristoteles. Es waren in der Tat die Griechen, die auf dem Boden der Polis dezidiert die Vorstellung formuliert und praktiziert haben, die den Ursprung unserer modernen Demokratietheorien und unserer Idee von der Autonomie des Individuums bilden. Weil das politische Denken der Griechen die Polisschranke nicht überwinden konnte, sind die Griechenstädte im römischen Universalreich aufgegangen. Die bleibende Leistung der Römer besteht darin, die griechischen Ideen so genial umgesetzt zu haben, dass es ihnen gelungen ist, den bisher erfolgreichsten Vielvölkerstaat auf unserem Planeten zu begründen. Die politische Klammer des römischen Reiches bildete den Rahmen für eine umspannende, technologisch administrative Zivilisation und sorgte für die Ausbreitung einer hellenistischen Kultur zwischen Edinburgh, Karthago und Baulbek.

Diese einerseits einheitliche und andererseits ungeheuer vielfältige Welt hat durch das Christentum eine entscheidende Veränderung erfahren. Das Christentum ging aus einer ursprüng-

lich jüdischen Sekte hervor und entwickelte sich durch Übernahme gnostischer und neuplatonischer Ideen zur erfolgreichsten synkretistischen Erlösungsreligion der Spätantike. Das Christentum hat viele hellenistische Elemente übernommen, allerdings noch mehr Elemente ausgeschieden. So etwa die freie philosophische Reflexion. Das christliche Jahrtausend ist geprägt durch den christlichen Monotheismus einerseits und andererseits durch einen ungeheuren Zusammenbruch von Zivilisation und Kultur im Gefolge eines Ereignisses, das wir alle unter dem Namen *Völkerwanderung* kennen.

Diese Periode unkontrollierter Einwanderung von – wie wir heute sagen würden – Wirtschaftsflüchtlingen hat das oströmische Reich relativ glimpflich überstanden. Das Westreich hingegen ist zusammengebrochen. Die barbarischen Einwanderer haben erstaunlich lange gebraucht, um eine neue Hochkultur zu entwickeln und sie haben derartig wenige Zeugnisse hinterlassen, dass ein pfiffiger Pseudohistoriker in der Gegenwart ein Buch über die drei erfundenen Jahrhunderte der abendländischen Geschichte schreiben konnte.

Das christliche Jahrtausend ist natürlich auch eine Zeit permanenter Renaissancen gewesen, wobei es doch auffällig bleibt, dass das lateinische Abendland im Vergleich zur muslimischen Kultur sich so erstaunlich schwer getan hat, die Klassiker unserer Kultur wiederzugewinnen. So mussten letztendlich die aufgeklärten arabischen Denker wie Ibn Sina, Ibn Rushd, Ibn Tufail etc. als Lehrmeister der abendländischen Scholastik dienen.

In der Epoche, die wir gemeinhin als die Renaissance, als die Wiedergeburt überhaupt bezeichnen, gewinnt unsere Kultur schlagartig ihre Lebendigkeit und ihre Freiheit wieder, und es hat schon seinen guten Grund, dass wir diesen Zeitraum von etwa 200 Jahren als das Bindeglied zwischen Mittelalter und Neuzeit ansehen. Unsere europäische Neuzeit ist für uns Europäer gekennzeichnet durch den Aufbruch Europas zur Weltherrschaft, durch den Zerfall der ursprünglich *einen* römischen Kirche in eine Reihe von einander bekämpfenden Konfessionen, durch die Neubegründung von Wissenschaft. Die Krise des religiösen Bürgerkriegs im 16. und 17. Jahrhundert wurde von uns Europäern

durch eine Bewegung gelöst, die wir mit Recht als Aufklärung bezeichnen.

Die bleibenden Ergebnisse dieser großartigen Denkanstrengungen sind folgende:

Wir entwickeln die Institution einer freien, sich selbst regulierenden Form von Wissenschaft, die sich auf einen unbedingten Wert verpflichtet: Wahrheit. Da wir mit der Forderung nach Wahrheit zugleich die Kriterien zur intersubjektiven Überprüfung von Tatsachenaussagen zweifelsfrei festlegen, initiieren wir ein System von Kommunikation, das global geworden ist und daher jeden Bewohner dieses Planeten als gleichberechtigtes Mitglied aufnehmen kann. Ich sage das, weil Europa wissenschaftlich gesehen bereits sehr viel weiter entwickelt ist als das politische Europa. Wissenschaftler stellen im Hinblick auf eine zukünftige kosmopolitische, befriedete Weltgesellschaft eine Avantgarde dar.

Die wissenschaftliche Aufklärung war untrennbar mit einer religiösen Aufklärung verbunden. Und das bedeutet: Die christliche Religion, die nach einer Phase der Verfolgung so erstaunlich schnell aus der Opfer- in die Täterrolle überwechselte und die von den drei uns bekannten monotheistischen Weltreligionen die aggressivste und intoleranteste war, diese christliche Religion klärt sich über sich selbst auf, entwickelte eine Vielzahl von unterschiedlichen Variationen, denen – Gott sei Dank – eines in der Mehrzahl gemeinsam ist: Toleranz gegenüber Andersgläubigen. Damit verchristlicht sich das Christentum, und die höchste Läuterung, die die christliche Idee erfahren hat, ist von Denkern wie Voltaire, Lessing oder Kant formuliert worden. Der aufgeklärte christliche Bürger handelt moralisch, nicht weil seine Religion es ihm gebietet, sondern weil er in der Lage ist, Moral als eine Pflicht zu begreifen, zu der es keine Alternative gibt. Das bedeutet, in der Aufklärung, im Ausgang der Menschen aus selbstverschuldeter Unmündigkeit, wird der Mensch erwachsen. Man muss ihn nicht mit Verboten lenken, sondern er ist tatsächlich zur Erkenntnis von Gut und Böse gelangt. Er ist autonom geworden in seinem Denken durch das *lumen naturale*, das natürliche Licht der Vernunft, das Gott ihm eingepflanzt hat. So kann die christliche Botschaft, die da lautet: »An ihren Werken sollt ihr sie er-

kennen«, zur Maxime einer Humanität werden, die sich auch rein innerweltlich deuten lässt.

Durch den von Spinoza initiierten Paradigmawechsel in der Auslegung der Heiligen Schriften gewinnt das Christentum ein aufgeklärtes Verhältnis zu seinen überlieferten heiligen Texten. Es ist in der Lage, sich von enger Buchstabengläubigkeit zu lösen und die Idee eines Gottes zu formulieren, der den Menschen Erkenntnisfähigkeit mitgegeben hat und sie ermuntert, diese Erkenntnisfähigkeit auch zu gebrauchen. Damit ist unsere europäische geistige Kultur darauf verwiesen worden, sich als eine universale, hermeneutische Kommunikationsgemeinschaft zu verstehen, in der logisch nachvollziehbare Argumente das Kriterium für Konsensbildung sein müssen. Gott als Autoritätsperson tritt damit zurück hinter die von ihm geschaffene Möglichkeit der Menschen, in friedlicher Diskussion die nach jeweiligem Erkenntnisstand klügste Lösung auszuhandeln.

Die neuzeitliche Wissenschaft, die ursprünglich wie etwa die Newton'sche Physik einen Schöpfergott postulierte, hat seit Laplace diese Hypothese fallen lassen, man könnte daher durchaus sagen, sie ist atheistisch. Aber sie ist nicht militant atheistisch, das war sie vielleicht einmal im 19. Jahrhundert, sondern sie hat erkannt, dass sie rein innerweltlich zu verstehende, logisch konsistente Theorien bilden soll. Seit Kant die Frage für unentscheidbar erklärt hat, ob es einen Schöpfergott gibt oder nicht, ist die Frage des Glaubens oder Unglaubens eines Subjektes für die Beurteilung seiner Bürgertugenden völlig unerheblich geworden. Das bedeutet einerseits Zurückweisung möglicher militanter Überzeugungsansprüche von Religionen und andererseits eine Entlastung der Religionen und damit gerade eine Chance, ihre eigene Identität zu finden.

Was ich sagen will, ist Folgendes:

Zur Aufgeklärtheit des religiösen Menschen in Europa gehört die moralische Anerkennung des Nichtglaubenden ebenso, wie der Agnostiker gehalten ist, den Glaubenden menschlich anzuerkennen. Wir leben daher in einer Gesellschaft, die sich vollkommen zu Recht als ein säkulares Konstrukt begreift, das immer noch verbesserungsfähig ist und daher die Maxime ausgegeben

hat, dass die Berufung auf Autoritäten durch die Berufung auf Argumente ersetzt werden muss.

Die politischen Philosophen der Aufklärung haben in ihren Gesellschaftsvertragstheorien Gesellschaft immer als ein Konstrukt bestimmt, das Menschen entwickeln, weil sie bestimmte Zielvorstellungen haben. Diese Zielvorstellungen beziehen sich ausschließlich auf unser diesseitiges Leben, auf die Chancen zur Selbstverwirklichung für jeden Einzelnen und ihre gleichzeitige Begrenzung durch die legitimen Interessen eines anderen. Zu den Freiheiten des Bürgers zählt auch in besonderer Weise seine Freiheit in religiösen Dingen. Wir haben uns darauf verständigt, dass jeder Mensch jeglicher Weltanschauung anhängen darf, wenn diese Weltanschauung ihn nicht dazu auffordert, gegen die im Gesellschaftsvertrag postulierten Freiheitsrechte seiner Mitmenschen zu verstoßen. Das heißt: Jede Weltanschauung muss von uns toleriert werden, wenn sie nicht gemeingefährlich ist. Die daraus resultierende weltanschauliche Neutralität des säkularen Staates ist eine nicht zu verbessernde, kluge Idee. Was könnte es daher nützen, wenn wir uns in unserer Verfassung explizit auf Gott berufen? Wenn wir damit den Gott der Aufklärung meinen, dann ist diese Berufung überflüssig. Denn er ist es ja, der hinter unserem vernünftigen Handeln steht. Aber meinen all diejenigen, die sich auf Gott berufen, den Gott der Aufklärung? Wir sind auch in unserer christlichen Kultur mit fundamentalistischen Sekten konfrontiert. Ich nenne nur den Streit um den Kreationismus, der aus den USA zu uns herüberzuschwappen droht. Wie können wir verhindern, dass die Unaufgeklärten sich auf Gott berufen? Für diese ist die Berufung auf ihren Gott das allerletzte Argument, das sie jeglicher weiterer Denkanstrengung enthebt. Das ist dann allerdings auch das Ende aller argumentativen Kommunikation. Das ist ein Widerspruch zu unserer Kultur der Aufklärung, hinter der – wie ich Ihnen versucht habe, deutlich zu machen – auch ein Gottesbild steht.

In der Europäischen Union leben Menschen, die sich zu völlig unterschiedlichen Konfessionen bekennen. Monotheisten, Polytheisten, Pantheisten, auch Atheisten und Agnostiker. Wenn wir uns auf Gott beziehen, haben wir uns als Monotheisten geoutet.

Aber welcher der drei monotheistischen Kandidaten ist denn gemeint? Derjenige der Juden, derjenige der Christen oder derjenige der Muslime – wenn das überhaupt drei verschiedene Götter sind! Die Muslime behaupten, dass diese drei Religionen von demselben Gott sprechen. Der Gott der Muslime hat übrigens keinen Vornamen! Wenn wir das Wort Gott ins Arabische übersetzen, erhalten wir das Wort »Allah«. Da die Christen das nicht zu wissen pflegen, habe ich es noch einmal formuliert. Um es abzuschließen: Ich halte es für keine gute Idee, Gott in die europäische Verfassung aufnehmen zu wollen. Für den Aufgeklärten ist es überflüssig, es wäre eine leichtfertige Anrufung Gottes. Für den Unaufgeklärten ist es die Bestätigung seiner Unaufgeklärtheit.

Bedenken Sie bitte, was dem Christengott widerfahren ist, als er auf Erden wandelte. Er wurde von orthodoxen Gläubigen unter Berufung auf Gott umgebracht!

Das sollte uns zu denken geben, dass in der Geschichte die schlimmsten Taten unter Berufung auf absolute Instanzen begangen worden sind.

DAS EUROPA DER KULTUREN
ALS BEITRAG ZUR GESAMTTHEMATIK
»EUROPA WEITER DENKEN«

Sie haben sinnigerweise nicht die gegenwärtig gängige Formel »Europa neu denken« aufgegriffen, die ich für destruktiv halte. Sie impliziert ja, man müsse ganz von vorn anfangen, alles anders machen, als es in der Integrationsgeschichte Europas von der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts an geschehen ist. Das wäre schlicht Unfug. Zwar blicken wir keineswegs auf einen optimalen, aber wir blicken auf einen Prozess zurück, der immerhin so erfolgreich verlaufen ist, dass wir in der Welt weithin beneidet werden.

Ich möchte also eine gegenläufige These zum Kern meines Vortrags machen: Europa wird nur dann für sich selbst und für die Welt zukunftsrelevant bleiben, wenn es seine Vergangenheit als lebendigen Prozess, auf dessen Basisleistungen es aufzubauen und dessen Versäumnisse bzw. Fehlstellen es zu korrigieren gilt, reflektiert.

Mit dem französischen Historiker Jacques le Goff bin ich der Auffassung: »Ein geschichtsloses Europa wäre ohne Herkunft und ohne Zukunft. Denn das Heute entstammt dem Gestern und das Morgen entsteht aus dem Vergangenen.« Aus Gleichgültigkeit oder Respektlosigkeit vor den Leistungen, Irrtümern und guten Absichten unserer Vorfahren kann nichts entstehen, was weiter trägt.

Also beginne ich, die Anfänge der Überlieferung in den Blick nehmend, indem ich an den Mythos erinnere: »Schmeichelnd nähert sich das Tier/ mit den halbmondförmig gebogenen Hörnern/ dem Mädchen,/ legt sich zu seinen Füßen und blickt so sanft/ mit seinen freundlich lachenden Augen,/ dass EUROPA, die schönste und übermütigste von allen (Mädchen),/ es wagte, sich auf den Stier zu setzen.« (Griechischer Mythos)

Die auf dem Stier reitende, von Gott Zeus geliebte schöne Königstochter Europa landet am Strande von Sidon ... Jeder kennt

dieses Symbol der Geburt Europas. Aus Mythos, Fiktion und Wirklichkeit gewann Gestalt, was schließlich zur politischen Idee Europas wurde. Im Westen, wo die Sonne untergeht, entstand der zivilisatorische Kontinent Europa und wurde zum Gleichnis für Kultur und Wertorientierung.

Vom Wert europäischer, sich in bunter Vielfalt darstellender Kultur sprechen die Menschen seit vielen Jahrhunderten. Diese Kultur-Idee hat die Menschen niemals verlassen, trotz und vor allem in Zeiten von Kriegen, Nöten und Gefahren und selbst nicht in der Hölle von Auschwitz.

1.

Mit leuchtenden Farben steht das Europa des Abendlandes vor allem als das seiner Kultur, der guten Sitten und humanen Werte vor uns. Erst weit danach folgen – im Bewusstsein der Menschen inner- und außerhalb Europas – Politik und Ökonomie. Und Kunst und Kultur orientierten sich gemeinhin an der christlichen Lehre und dem Ideal der Humanität. Ein geistiges Europa entstand und wuchs durch die Mannigfaltigkeit seiner Sprachen, Religionen und Kulturen. Die europäische Stadt wurde dafür zum Symbol. Sie ist gleichsam die Konkretisierung der Idee von Europa. Wer sehnt sich letztlich nicht danach, in Bamberg, Regensburg oder Lübeck, und – nach der Wiedervereinigung – auch in Görlitz oder Dresden beheimatet zu sein?

Im Gedächtnis der Menschheit liegt tief verborgen das Europa des kulturellen Erbes; ja, Kultur und Europabild fließen darin als untrennbare Symbiose zusammen.

Was wird uns künftig das Europa der Union sein: bloß »Euro-land« oder im Bewusstsein der Bürger auch das »Reich der Kulturen«? Eine alte Losung – wird sie Wirklichkeit (bleiben oder) werden: Europa wird entweder kulturell existieren oder global nicht mehr wichtig sein!

Dem Europa-Gedanken als einem kulturellen folgte im geschichtlichen Verlauf der politische sehr viel später. – Zu spät! Alle frühen Versuche, über die Grenzen von Reich und Nation hinauszudenken und gemeinsam politisch zu handeln, scheiterten. Dennoch gedenken wir einiger der Visionäre, die – vom frühen

Mittelalter bis in die letzten Tage des Dritten Reiches – unser zur politischen Union anstehendes großes, friedvolles und demokratisches Europa vorgedacht haben. Der europäische Kosmos der Sprachen und Kulturen, der polyphonen Lebenswelten, der urbanen, regionalen und nationalen Identitäten, der literarischen, musikalischen, bildkünstlerischen, architektonischen und naturwissenschaftlichen Leistungen war für Persönlichkeiten wie Johann Wolfgang von Goethe, Friedrich Schlegel, Ernst Robert Curtius und viele andere ein bewusst genutzter Humus. Wie halten nun wir es mit diesem Erbe? Wird es uns gelingen, mit seiner Hilfe in der Vielfalt Europas eine Einheit zu weben? Wie es die »Verfassung für Europa« vorsieht?

Um Gestalt und Wirkung europäischer Kultur und Kulturpolitik zu thematisieren, muss von einigen frühen Denkansätzen, von tradierten, wertorientierten Elementen für gegenwärtiges politisches Handeln die Rede sein.

Um die Auferstehung Europas aus dem Geist der Religion ging es den deutschen Romantikern. *Die Christenheit oder Europa* (1799) heißt Novalis' bekanntester Essay: »Nur die Religion kann Europa wieder auferwecken und die Völker sichern, und die Christenheit mit neuer Herrlichkeit sichtbar auf Erden in ihr altes friedienstiftendes Amt installieren.« So lautet seine Kernbotschaft – gegen lutherische Reformation und kantische Aufklärung!

Weniger apodiktisch, doch ähnlich romantisch-katholisch geprägt, hat auch Friedrich Schlegel das christliche Abendland beschworen. Doch ist für ihn Europa bereits »das Land der Mannigfaltigkeit und Künstlichkeit«; darin wird der »Charakter Europas ganz zum Vorschein kommen und vollendet, ... was das Wesen unseres Zeitalters ausmacht«. Er gründet eine Zeitschrift mit dem Titel *Europa* (1803/05), deren Beiträge die religiös-mythologische Neugeburt Europas in statu nascendi literarisch dokumentieren und befördern soll.

Die Vision einer stabilen Friedensordnung und schließlich europäischen Integration ist nicht erst Resultat des vergangenen kriegerischen Jahrhunderts, sondern ist in ihrer Substanz viel älter: »Welche edle Humanität atmet aus dem *Ewigen Frieden*! Welche Hoffnungen wissen Sie in den Herzen aller gutmütigen

Menschen zu entzünden?«, schrieb Sophie Merceau an Immanuel Kant, der das genannte, ganz ungewöhnliche Traktat in Form eines Friedensvertrages, eines »Friedensbandes aller Völker« für ein »aufgeklärtes Volk«, 1795 publizierte und darin ein »Weltbürgerrecht« forderte: »Für Staaten kann es nach der Vernunft keine andere Art geben, aus dem gesetzlosen Zustand herauszukommen, als einen Völkerstaat, der zuletzt alle Völker der Erde befassen würde.«

So gibt es neben dieser friedensphilosophischen, wahrlich europäischen Schrift Kants vielfältige Wurzeln der Friedens- und Antikriegsdenkansätze in Europa; sie reichen bis in die letzten Tage des Zweiten Weltkrieges. Erinnerung sei hier auch an die hochgemute Stimmung nach Ende des Dreißigjährigen Krieges (1648) in den Friedensabschlüssen von Osnabrück und Münster, die »Geißel des Krieges endgültig besiegt« zu haben; wahrlich: »Pax optima rerum!« Dieses moralisch-politische Credo bewegte viel später auch die Völkerbund-Politik von Briand und Stresemann, des Franzosen und des Deutschen, zur Beendigung ihrer beider Länder »Erbfeindschaft«. Für ihr Werk des Locarno-Paktes – Verzicht auf Gewalt und die Pflicht zur gütlichen Schlichtung im Streitfall – erhielten sie vor genau 80 Jahren gemeinsam den Friedensnobelpreis.

Selbst aus wirtschaftspolitischer Sicht stand übernationales Friedensdenken an – namentlich für solche Zeitgenossen, die im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert aus dem kriegsgerüttelten Europa nach Amerika blickten, das sich zu dem mächtigen Land der Vereinigten Staaten zusammengeschlossen hatte und ökonomisch bereits prosperierte. Adam Smith und Friedrich List erkannten früh, dass demgegenüber die Europäer, in konkurrierende National- und Regionalstaaten zersplittert, keinen allgemeinen Wohlstand erlangen konnten. So verbanden sich kulturelle Ideen und wirtschaftlicher Pragmatismus zu politischen Europa-Entwürfen; allerdings gab es damals noch wenig Chancen der Realisierung.

2.

Es gab eine Zeit, da dachte man, wenn man in der Welt von Kultur sprach, vor allem an Europa. Kultur war vor allem europäische Kultur. Die Kulturen der Welt schienen in die europäische zu münden. Hier in Europa hatte der Mensch die ersten Schritte aus seiner »ungeselligen Geselligkeit« getan, aus der »Rohigkeit zur Kultur, die eigentlich in dem gesellschaftlichen Werth des Menschen besteht« – so Kant 1784. Hier in Europa war jenes Zentrum von Wissenschaft, Wirtschaft, Kunst und Technik entstanden, das der Welt zum Vorbild wurde, indem es Formen des Lebens, Rechts- und Staatsordnungen, künstlerische und wissenschaftliche Leistungen schuf, die sich alle Menschen aneignen konnten. Die höchste Kraft des Völkerlebens schien sich in dem kleinen Erdteil Europa – einem Kontinent nicht aufgrund geographischer Gegebenheiten, sondern allein Kraft seiner Prägung durch Geschichte und Kultur – zusammenzudrängen. Noch im vorigen Jahrhundert ist die Geschichte unserer Erde als *Weltgeschichte Europus* (Hans Freyer) begriffen worden; womit er ein Diktum Hegels aufgriff, dass Europa »schlechthin das Ende der Weltgeschichte« sei.

Aus leidvoller Erfahrung sind wir Europäer, namentlich wir Deutschen, bescheidener geworden, mussten es werden: Die europäische Kultur hat ihre herausragende Bedeutung im zwanzigsten Jahrhundert verloren – die Deutschen haben das hauptsächlich durch die beiden von ihnen begonnenen Weltkriege und schließlich mit dem Völkermord der Nazis verschuldet. War schon durch den Ersten Weltkrieg die Bedeutung Europas als »Hort der Kultur« stark beschädigt worden, so total nach 1945: Nun hießen die geistig-politischen Kräfte nicht mehr Europa, sondern USA und Sowjetunion (UdSSR); und das kleine, äußerlich wie innerlich zerstörte und dann geteilte Europa wurde zum Streitfaktor der Großmächte im Kalten Krieg, zum Spielball der Militärmächte und zum Austragungsort politischer Konflikte in einer zweigeteilten Welt.

Fünfzig Jahre hat es gedauert, bis Europa sich wieder gefunden hat: Europa wieder eins wurde, schließlich aufgrund seines unverlierbaren kulturellen Erbes, seiner freiheitsliebenden Men-

schen, seiner moralisch-politischen Werte und seines geistig-kreativen Potentials. Neues Denken – das heißt, durch Demokratie bestimmtes – hatte sich durchgesetzt. In der *Charta von Paris über ein neues Europa* von 1990 der KSZE heißt es dazu – nämlich zu diesem »tiefgreifenden Wandel: Das Zeitalter der Konfrontation und der Teilung Europas ist zu Ende gegangen ... Europa befreit sich von der Last der Vergangenheit. Durch den Mut von Männern und Frauen, die Willensstärke der Völker und die Kraft der Ideen ... bricht in Europa ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit an. Nun ist die Zeit gekommen, in der sich die jahrzehntelang gehegten Hoffnungen und Erwartungen unserer Völker erfüllen: ein unerschütterliches Bekenntnis zu einer auf Menschenrechten und Grundfreiheiten beruhenden Demokratie, Wohlstand durch wirtschaftliche Freiheit und soziale Gerechtigkeit und gleiche Sicherheit für alle unsere Länder« – nun in Ost und West.

»Europa war« – um ein schönes Bild aus der Mitteleuropa-Debatte der 80er Jahre zu zitieren – »zu sich selbst, seinem kulturellen Urgrund zurückgekehrt.« Welches Europa? Das Europa der »Vielfalt seiner Kulturen, Sprachen und Religionen«, wie es nun in der *Grundrechtecharta der Europäischen Union* proklamiert wird? Oder bloß das eines gut funktionierenden Binnenmarktes?

Noch einmal und anders pointiert: Wenn es einen besonderen Grund für den erstaunlichen Siegeszug gibt, mit dem die europäische Kultur fast die gesamte Welt erobert hat, dann diese Fähigkeit, sich selbst in Frage zu stellen. Sie ist das Resultat jener grenzenlosen Neugier, die schon die Griechen auszeichnete und vom Protestantismus angenommen wurde. Es war die Neugier, die sie dazu gebracht hat, immer wieder Neues, neue Länder, neue Völker, neue Kulturen, neue Verfahren, neue Ansichten und neue Lebensweisen zu entdecken und sich von ihnen anregen zu lassen. Als ihre Erben haben wir von ihnen gelernt, nicht nur die anderen mit unseren, sondern auch uns selbst mit den Augen der anderen zu sehen und neben der Schauseite immer auch die Kehrseite der Münze in den Blick zu fassen. Golden ist die bekannte Regel, kategorisch ist der berühmte Imperativ, universell ist die europäische Kultur doch nur deshalb, weil sie den anderen grundsätzlich

dieselben Rechte zugesteht, die sie für sich selbst in Anspruch nimmt. Wenn irgendetwas, dann ist es diese Lust, die Gegenrechnung aufzumachen, und deren notwendige Folge, die Neugier auf den anderen und der Zweifel an der eigenen Person, die die europäische Kultur anderen überlegen macht. Anspruch auf Vorrang kommt eben nur dem zu, der darauf keinen Anspruch erhebt.

Dies resümierend kann man es kaum treffender sagen als mit der UNESCO-Erklärung von Mexiko-City (1982): »Kultur ist die wichtigste Vorbedingung für jede wirkliche Entwicklung«, wenn man denn unter Kultur »die Gesamtheit der einzigartigen geistigen, materiellen, intellektuellen und emotionalen Aspekte ..., die eine gesellschaftliche oder soziale Gruppe kennzeichnen,« versteht.

3.

Heute werden, wenn es in politischen Debatten um die Zukunft Europas geht, zunehmend Ungewissheiten artikuliert. Es fragen nicht nur professionelle Bedenkenträger: Werden wir je die *Verfassung für Europa* bekommen, derer es zweifellos bedarf, um nach innen die Gemeinschaft zu festigen und nach außen den globalen Herausforderungen gerecht werden zu können? Zukunftsängste, Europaskepsis und Selbstzweifel plagen die Bürger – und das wird von den Eurostatistikern minutiös registriert: Noch nie hat es einen derartigen Tiefstand der Neigung der Bevölkerung zum verfassten Europa gegeben. Auf Besserung deutet wenig hin. Faktisch trifft wieder einmal zu, dass die Stimmung viel schlechter ist als der eigentliche Sachstand. Der Öffentlichkeit scheint außer Blick geraten zu sein, welche noch vor einigen Jahren völlig undenkbaren Fortschritte die Europäische Union im Integrationsprozess genommen hat – bis hin zur Aufnahme von zehn neuen Mitgliedsstaaten im Jahre 2004, die bereits jetzt als gelungen bezeichnet werden kann. Nicht umsonst spürt man bei genauerem Hinhören, wie die übrige Welt uns um Wohlstand und Sicherheit, um das hier entwickelte »europäische Gesellschaftsmodell« erfolgreicher Regulierung beneidet. Aus guten Gründen attestiert der renommierte amerikanische Politologe Jeremy Rifkin uns Europäern, mit dem »Traum von Europa« den »richtigen«

Traum zu haben, nachdem der amerikanische Traum seiner Auffassung nach ausgeträumt sei.

Es hat in der nun fast 50jährigen Geschichte der Gemeinschaft immer wieder Krisen gegeben, größere und kleinere. Letztlich wurden sie alle gelöst. In einer solchen Krisensituation der beginnenden 70er Jahre hat Leo Tindemans in seinem Bericht an die Staats- und Regierungschefs festgestellt: »Sinn einer Europäischen Union muss es sein, uralte, zwischen Nationalstaaten künstlich aufrecht erhaltene Gegensätze zu überwinden und eine humane Gesellschaft zu errichten, in der unter gegenseitiger Achtung unserer nationalen und kulturellen Eigenart das Gewicht mehr auf das gelegt wird, was uns eint, als auf das, was uns trennt.« Heute würde keiner mehr von solchen Gegensätzen sprechen und schwerlich Trennendes noch in dieser Weise benennen können: Europa ist zusammengewachsen – und sucht allerdings noch nach einer notwendigen neuen Verfasstheit.

Doch die Bürger, auf deren grundsätzliche Zustimmung zum Projekt Europa man sich bislang (sie unbefragt) verlassen konnte, versagen nun weitgehend die Gefolgschaft. Warum?

4.

Wäre die europäische Integration Westeuropas nach 1945 lediglich aus politischen Blockinteressen und aus wirtschaftlichen Erwägungen in Angriff genommen worden, hätte sie kaum diese Dauer, geschweige denn die Dynamik der vergangenen Jahrzehnte erreichen können. Bereits die Gründung des Europarats durch zehn westeuropäische Staaten im Jahre 1949 und seine 1954 verabschiedete *Europäische Kulturkonvention* verweisen auf die europäische Kultur als ausschlaggebende Bedingung für den Start und Verlauf des Prozesses. Im Widerstand gegen Hitlerdeutschland, im Anblick der durch den Weltkrieg hinterlassenen Verwüstungen waren bei seinen Begründern die Werte europäischer humanistischer Kultur zu politischem Gestaltungswillen und politischer Gestaltungskraft gereift. Das Engagement europäischer Kulturpolitik wurzelt im Bewusstsein dieses Zusammenhangs.

»Kunst und Kultur haben für alle Völker Europas einen hohen Eigenwert; sie sind wesentliche Bestandteile der europäischen In-

tegration ... und tragen zur Durchsetzung des europäischen Gesellschaftsmodells ... bei ... (und) sind sowohl ein Wirtschaftsfaktor als auch ein Faktor der sozialen und staatsbürgerlichen Integration«, heißt es bei der EU (2005). Der Text fährt mit dem Zitat des Artikel 151 des Vertrages von Amsterdam fort, der unverändert in die *Verfassung für Europa* aufgenommen wurde. Dennoch fragt sich: Ist Kultur auf dem langen Marsch nach Europa an der Basis und im Bewusstsein der Mehrheit der Politiker angekommen?

Davon kann schwerlich die Rede sein! Sie führt – nicht nur, aber drastisch durch den marginalen Etatposten für Kultur im Europahaushalt ausgedrückt – ein sehr bescheidenes Dasein eher am Rande des Gesamtkonzerts der EU-Politik; nicht einmal die bereits 1983 im Bericht des direkt gewählten Europäischen Parlaments geforderte 1%-Marge ist heute erreicht.

Den unzähligen Analyseversuchen zum vorläufigen Nichtgelingen des Verfassungsvertrags für Europa sei hinzugefügt: Er hat wesentlich mit dem unzureichenden kulturellen Engagement der Gesamt-EU-Politik sowie dem Desinteresse der Intellektuellen zu tun. Es ist eine einfache Wahrheit, dass geschriebenes Recht nur das werden kann, was als gefühltes Recht, als gefühltes Bewusstsein der Bürger von gut und richtig, von schlecht und falsch vorhanden ist. Oder, um in der Stadt Hegels ihn nochmals zu zitieren: »Was vernünftig ist, das ist wirklich; und was wirklich ist, das ist vernünftig.« (*Grundlinien einer Philosophie des Rechts*, 1921)

Indem er, nun ein Zeitzeuge, sagte, so wichtig die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion auch sein möge, es sei bedeutsamer, Europa eine Seele zu geben, hat Jacques Delors diese existentielle Prämisse zivilisatorischer Entwicklung poetisch ausgedrückt. Darauf hinzuwirken, dass die vielfältigen Kulturen Europas in produktiven Austausch treten, dass sich aus diesem Austausch eine vitale Seele destilliert, ist nicht die einzige, aber es ist eine zentrale Aufgabe und Potenz europäischer Kulturpolitik.

Nach wie vor ist zu konstatieren: Die Macht der westlichen Kultur – von der die deutsche ein Teil ist – besteht zuerst in der Anziehung, die sie auf andere Kulturen ausübt. Der Westen ist

attraktiv, und zwar ganz einseitig: er zieht Menschen aus Afrika, aus Südamerika, dem Nahen und Fernen Osten an; nicht umgekehrt. Wir ziehen die anderen an, nicht die anderen uns. Die Kultur-Macht des Westens kommt ohne Selbstbeweihräucherung durch seine Priester, ohne Ableitungskunststücke seiner universalistischen Philosophen, ohne Auftrumpfen seiner Politiker aus. Sie beruht auf der Abstimmung der anderen. Sie stimmen mit den Füßen ab: für den Westen – und oft genug gegen das, was sie hinter sich lassen, nämlich die Ideologen und Fundamentalisten mit deren »Werten«. Die Gründe für die Anziehungskraft des Westens liegen außerhalb seiner selbst, bei Bewunderern, Nachahmern, Auswanderern aus aller Welt.

Und dass die Neumitglieder der Europäischen Union mit solcher Kraft und solchem Optimismus in die Gemeinschaft drängten, ist Beweis für die gelebte Realität. Es hätte dieses Drängen in die Europäische Union schließlich nichtgegeben, wenn es ähnlich erfolgversprechende oder gar effektivere Wege zu Demokratie, Freiheit und wirtschaftlichem wie sozialem Progress gegeben hätte bzw. gäbe. Kurzum: Zur EU gibt es keine Alternative; ernstlich kann keiner einer Re-Nationalisierung das Wort reden:

Im Blick auf die Gegensätze, von denen Tindemans seinerzeit sprach, nehmen die Mitgliedsstaaten der erweiterten Europäischen Union eine qualitative Darüber-Position ein: Sie werden innerhalb des in der Vielfalt ihrer Kulturen, Religionen und Sprachen geeinten Verbundes von Staaten als – dank des leistungsfähigen Regulierungssystems des europäischen Gesellschaftsmodells – friedlich zu lösende Interessenkonflikte behandelt. Als Gegensätze existieren sie nicht mehr. Was Tindemans und seine Kollegen vor dreißig Jahren kaum im Traum hoffen durften, hat sich verwirklicht – ein Europa einer parlamentarisch-demokratischen Gemeinschaft von 25 EU-Mitgliedern und darüber hinaus eines größeren des Europarats, das von Portugal bis Armenien und von Norwegen bis zur Türkei reicht und nunmehr 46 Mitgliedsländer umfasst; im Übrigen damit auch die Grenzen Europas markiert.

Kernpunkt des damaligen Tindemans-Berichts waren Überlegungen, wie mit neuen Initiativen und Institutionen zur Entwick-

lung einer »europäischen Identität« beigetragen werden könne. Die zentrale Frage lautete: Wie kann die EWG ihre Bürger motivieren, Europa zu wollen? Dazu reichten die greifbaren wirtschaftlichen Erfolge nicht aus; es sollte um den »europäischen Mehrwert« gehen – ein Hilfsbegriff, der allerdings bereits damals verdeutlichte, dass die Gemeinschaft ohne eine kulturell begründete und entwickelte Integration nicht von Bestand sein würde. Tindemans' konkreter Vorschlag betraf folgerichtig die Kulturpolitik. Er regte eine »Europäische Kulturstiftung« an. Aus der Sicht des Europäischen Parlaments war dieser Plan in seiner damaligen Struktur mit Demokratie-Defiziten behaftet und wurde deshalb verworfen. Tindemans' Grundüberzeugung und -motiv griff das Europäische Parlament jedoch auf und arbeitete auf die rechtliche Einbeziehung kultureller Aktivitäten in die europäischen Verträge hin. Mit dem Vertrag von Maastricht (1992) gelang das schließlich. Darin sind für den europäischen Wirkraum folgende primäre Zielsetzungen/Förderziele festgehalten: Verbesserung der Kenntnis und Verbreitung der Kultur und Geschichte der europäischen Völker, die Erhaltung und der Schutz des kulturellen Erbes sowie die Förderung künstlerischen und literarischen Schaffens, einschließlich des audiovisuellen Bereichs (Art. 128).

Neben anderen Regelungen für den kulturellen Bereich sind nun auch im Blick auf den Text der *Verfassung für Europa* die Prinzipien »Nachhaltigkeit« und »Kulturverträglichkeit« hervorzuheben. Dort heißt es: »Die Union trägt bei zu Frieden, Sicherheit, nachhaltiger Entwicklung der Erde, Solidarität und gegenseitiger Achtung unter den Völkern.« Erst in diesem Kontext von Nachhaltigkeit erhält die Kulturverträglichkeitsklausel, die sich bereits im Maastricht-Vertrag findet und in keiner nationalen Verfassung ähnlich pointiert wird, zwingend ihre gesellschaftspolitische Relevanz. Ohne die Potentiale von Kunst und Kultur zu nutzen, wird weder nach innen, auf die europäische Integration gerichtet, noch nach außen, auf die Lösung globaler Konflikte zielend, eine nachhaltige Politik möglich sein. Im Beziehungsgeflecht von Nachhaltigkeit und Kulturverträglichkeit ergeben sich viele Möglichkeiten in der Praxis – eine der prominentesten im Projekt »Kulturhauptstädte Europas«, an dem sich ja auch Bam-

berg – äußerst kreativ – beteiligt hat. Solche kulturelle Praxis bedarf für nachhaltiges Gelingen verlässlicher rechtlicher Eckpunkte.

5.

Was eingangs bereits erwähnt wurde, gilt es immer wieder ins Gedächtnis zu rufen: Der Ausgang aller modernen europäischen Kulturpolitik ist untrennbar mit dem europäischen Trauma des zwanzigsten Jahrhunderts verbunden. Das Trauma bestand darin, dass die Völker Europas dem Modernisierungsschub der frühen Jahrzehnte kulturell nicht gewachsen waren.

Weil sie unter Modernisierungsängsten litten, für die es keine hinreichen Praktiken und Symbole kultureller Verhandlungen gab, ließen sie sich, für welche Interessen auch immer, gegeneinander in zwei katastrophale Kriege schicken, aus denen Europa bis auf den Grund zerrüttet und zerstört hervorging. Der kulturelle Kern der Verheerung bestand in der Geringschätzung bzw. Verachtung von Menschen anderer Gruppen, Religionen, Nationen. Es herrschten Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Dagegen richtete sich der Widerstand, den die Geschwister Scholl gegen die Nazidiktatur beispielhaft auf den Punkt brachten: Es sei nur in großzügiger Zusammenarbeit der Völker Europas ein neuer Anfang möglich (so fast wörtlich in einem ihrer Flugblätter). 1945 galt es um den Preis der völligen Vernichtungen, mit solcher Entwicklungslogik zu brechen, die einen neuerlichen Völkerkrieg heraufbeschwören könnte. Es handelte sich im Kern um eine kulturelle Aufgabe.

Schon auf dem Europa-Kongress in Den Haag (1948) hat der Schweizer Denis de Rougemont festgestellt: »Wenn auch die direkten Gründe für unsere Einheit wirtschaftlicher und politischer Natur sind, so ist doch gleichermaßen sicher, dass die Einheit Europas vor allem kultureller Natur ist, wenn man diesen Begriff in seiner umfassenden Bedeutung anwendet ...«

Damals ging es darum, sich auf die kulturellen Wurzeln zu besinnen, die die Völker Europas miteinander verbinden. Das taten die Pioniere der europäischen Politik mit Engagement und einer tiefen inneren Logik. Als erste und bis heute hochaktuel-

le und relevante Großtat meisterten sie die Aufgabe, als Substrat aus Jahrhunderten europäischer kultureller Entwicklung und der Erfahrung wie Antizipation zwölfjähriger Barbarei politisch verbindliche Schlüsse zu ziehen. Sie verabschiedeten bereits 1951 die Menschenrechtskonvention. Dieser folgte im Jahre 1954 die schon genannte Kulturkonvention. Ihr Anliegen bestand darin, dass die europäischen Völker ihr gemeinsames kulturelles Erbe gegenseitig öffnen und zugänglich machen. Mit der Berufung auf das Kulturerbe war ein so verlässlicher und überzeugender Grundstein für europäische Kulturpolitik gelegt, dass der Inhalt der Konvention rasch zur gelebten Selbstverständlichkeit wurde und sie selbst in Vergessenheit geriet – zu Unrecht und zum Schaden des Integrationsprozesses; es ist höchste Zeit, die Konvention zu aktualisieren.

Dafür zeichnet sich nun eine Initiative ab, die im Jahr 2007 während der deutschen EU-Präsidentschaft zum Tragen kommen soll. Nun unter dem Schirm der EU, die ihrerseits 2005 einen gemeinsamen Schritt zur Ausarbeitung und Verabschiedung einer »Konvention (der UNESCO) über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen« getan hat.

Noch gibt es einen zentralen Punkt, in dem es der Europäischen Union bislang nicht gelungen ist, an die Leistungen des Europarats in den siebziger und achtziger Jahren anzuknüpfen: die Weiterentwicklung des Kulturverständnisses selbst. Es gab damals im Europarat ein waches Bewusstsein dafür, dass die Europäische Kulturkonvention mit ihrem Erbfokus dem erreichten Entwicklungsstand nicht mehr genügte. In diesem Bewusstsein wurde, fußend auf dem Kulturverständnis der Erklärung von Arc et Senans (1972), eine Expertenkommission berufen, deren Aufgabe darin bestand, einen Vorschlag für eine moderne, zeitgemäße Kulturkonvention zu erarbeiten, d.h., im Kern den erweiterten Kulturbegriff zu konkretisieren und konsequent auf die europäische Entwicklung anzuwenden. Wenn man so will, liegt hier ein bislang nicht wirklich in Besitz genommenes Erbe europäischer Kulturpolitik selbst, dem es aus heutigem Wissen und heutiger Notwendigkeit auf die Schultern zu steigen gilt. Dazu hat der Europarat, wie der Gipfel von Warschau (2005) demons-

trierte, wohl nicht mehr die politische Kraft. Zentrum und Movers einer solchen Anstrengung kann nur und muss die Europäische Union sein.

Bei allen, auch aus kulturpolitischen Defiziten rührenden Schwierigkeiten mit der europäischen Identität, über die seit dem Kopenhagener Gipfel (1973) und dem Tindemans-Bericht (1974) in der Gemeinschaft diskutiert wurde, bleibt festzustellen: Es gibt sie, und sie wird von außen klarer erkannt als von innen. Neben Rifkins *Europäischem Traum* (2004) soll dabei auf Robert Kagan verwiesen werden. »Wir sollten nicht länger so tun,« – schreibt er in seinem Buch *Macht und Ohnmacht* (deutsch bei Siedler 2002), – »als hätten Europäer und Amerikaner die gleiche Weltsicht oder als würden sie auch nur in der gleichen Welt leben. In der alles entscheidenden Frage der Macht ... gehen die amerikanischen und die europäischen Ansichten auseinander: Europa wendet sich ab von der Macht ... Es betritt eine in sich geschlossene Welt von Gesetzen und Regeln, transnationalen Verhandlungen und internationaler Kooperation, ein posthistorisches Paradies von Frieden und relativem Wohlstand, das der Verwirklichung von Kants ›Ewigem Frieden‹ gleichkommt.« Und darauf folgt seine entscheidende moralisch-politische Feststellung: »Dagegen bleiben die Vereinigten Staaten der Geschichte verhaftet und üben Macht in einer anarchischen Hobbes'schen Welt aus, in der auf internationale Regelungen und Völkerrecht kein Verlass ist und in der wahre Sicherheit sowie die Verteidigung und Förderung einer freiheitlichen Ordnung nach wie vor von Besitz und Einsatz militärischer Macht abhängen.«

Es geht also um nichts Geringeres als den Zusammenhang von Zivilisation und Recht, wie er expressis verbis auch im Entwurf der Verfassung für Europa aufgehoben ist; allerdings im Geist von Aufklärung, Humanität und Fortschritt. Am Beispiel Kagan ist deutlich zu sehen, dass Amerika einen entscheidenden Vorfall nicht mit Europa teilt. Nämlich das tödlich endende Erlebnis der Außerkraftsetzung von Recht und Kultur.

Die erste Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts in Europa war nichts anderes als der Amoklauf der animalischen Bestie, die unter der dünnen Schicht der Zivilisation lauert, die danach trachtet,

physische Stärke zum Nachteil, sogar zur vollständigen Vernichtung anderer Menschen und Rassen einzusetzen. Sie ist damals nicht einfach so ausgebrochen. Zuvor hatte sie die Weimarer Verfassung, die bei aller Inkonsequenz eben eine demokratische Verfassung mit hoher Wertschätzung des Rechts war, außer Kraft gesetzt. Die Außerkraftsetzung von Recht war Einfallstor und Ausdruck für die Außerkraftsetzung des Wesens von europäischer Kultur.

Für den Neuanfang nach 1945 gab es daher zwei grundlegende Voraussetzungen: Die eine bestand zweifellos darin, dass es – mit Hilfe des demokratisch-freiheitlich orientierten Amerika – möglich war, den Amoklauf der europäischen, speziell deutschen Urbestie zu beenden. Die andere und perspektivisch tragende Voraussetzung lag aber darin, dass erstens die Bedeutung von Recht als verbindlicher Ausdruck von Kultur und Zivilisation klar erkannt wurde – was seinen Niederschlag in der Initialisierung von Völkerrecht durch die Gründung der Vereinten Nationen fand –, und dass zweitens die europäische Kultur von Humanismus und Aufklärung während des traumatischen Jahrzehnts nationalsozialistischer Verheerung nicht zu töten gewesen war. Sie war für die Gründergeneration des neuen Europa nicht nur das Ziel, das es wieder zu erlangen galt, sie war vielmehr Humus und Voraussetzung.

Man kann nicht ausdrücklich genug betonen, dass geschriebenes und praktiziertes Recht nur wird, was durch kulturelle Entwicklung als instinktives Entscheidungsvermögen zwischen Gut und Böse im Unterbewusstsein der Menschen vorhanden ist. Was nicht auf der Grundlage kultureller Entwicklung als ethisches Sediment im Unterbewusstsein der Menschen vorhanden ist, kann nicht zu geschriebenem regulierendem Recht erhoben werden.

Folglich muss die Zivilisation ein existentielles Interesse daran haben, Kultur zu fördern. Und: So kann – unter der Voraussetzung der Existenz vieler Kulturen und Identitäten in Europa – eine integrierende europäische Identität nur in einer politisch-kulturellen Identität bestehen, die es vermag, kulturelle Entwicklungen zu dem Humus zu verdichten, aus dem ein im Geist von

Humanismus, Völker- und Menschenrechten verantwortlich handelndes politisches Subjekt erwächst.

6.

Aus dem, was zum Zusammenhang von Kultur, Zivilisation und Recht umrissen wurde, folgen zwei Dinge zwingend:

Das eine ist: Die Europäische Union muss alle Anstrengungen unternehmen, um die Verfassung für Europa, besonders die im Entwurf formulierten Werte und Ziele, in Kraft zu setzen und auf dieser Basis mit der Welt zu kommunizieren und für sich selbst die Strukturen zu schaffen, die es erlauben, europäische Kultur ebenso respektvoll wie effektiv gegenüber anderen zu kommunizieren. Die menschliche Zivilisation verfügt – wie wir an aktuellen Gewaltausbrüchen sehen – nicht über ein beliebiges Zeitvolumen, das zu tun.

Das zweite ist: Es ist nicht eine Angelegenheit europäischer Eitelkeit oder europäischer Selbstdarstellung, ob die Europäische Union die Kraft zu einer gemeinsamen auswärtigen Kulturpolitik aufbringt, wie sie durch die Verfassung für Europa möglich wird.

Was das europäische Gesellschaftsmodell im Kern ausmacht, und woraus die globale Verantwortung Europas erwächst, auf die nicht energisch genug gedrängt werden kann, ist die Fähigkeit zur friedlichen Lösung von Interessenkonflikten, die Fähigkeit zur Balance unterschiedlicher Interessen. Das weltweit höchstentwickelte europäische Regulierungsvermögen bezieht Inhalt und Form/Regeln politischen Handelns aus dem Maß gemeinsam fixierten Rechts, das, wie gezeigt, aus Europas kultureller Entwicklung generierbar war und ist. Im Vertragstext lautet die Passage, auf die man sich diesbezüglich berufen könnte und müsste: Der EU-Außenminister, der dann ja eine hervorgehobene Rolle in der Union zu übernehmen hat, werde »mit den Außenbeziehungen und der Koordinierung der übrigen Aspekte des auswärtigen Handelns der Union betraut« (Teil I, Art. 27). Das ist ein weites Spektrum und muss gefüllt werden, an zentraler Stelle auch durch kulturelles und kulturpolitisches Engagement. Damit soll nicht nahe gelegt werden, ein europäischer Außenminister

oder eine andere europäische Institution habe die gesamte europäische Außenkulturpolitik federführend zu verantworten oder gar zu vereinheitlichen. Ganz im Gegenteil. Europa lebt von der Kraft der Vielfalt seiner Kulturen, und dem sollen und müssen sowohl die Strukturen als auch die Inhalte europäischer auswärtiger Kulturpolitik Rechnung tragen. Was es zu erreichen gilt: Unter Nutzung und Wahrung des aus dem europäischen Subsidiaritätsprinzip erwachsenen kulturellen Variantenreichtums eine gemeinsame Konzentration auf die Kernwerte friedlicher zivilisatorischer Entwicklung zu schöpfen und zu kommunizieren.

Es ist das Schicksal – oder gar das Privileg – Europas, sich immer wieder im Weiterdenken neu zu finden, fortzuentwickeln. Europa ist nie etwas Endgültiges, in seiner Entwicklung Abgeschlossenes. In seiner Vielfalt und Verschiedenheit das Gemeinsame zum handlungsfähigen Politikum zu definieren, bleibt eine permanente Aufgabe seiner Eliten. Manche zweifeln am Gelingen dieser so immensen, jedoch den Europäern letztlich inhärenten, d.h. in die Wiege gelegten Aufgabe – die Negativ-Voten der Franzosen und Niederländer (nun absehbar wohl noch der Polen) haben es offenbart. Will man partout nicht konstatieren, dass es so etwas, über das Nationale weit hinaus gehendes, längst gibt: eine europäische Identität?

Was ist das?

Man kann darauf pragmatisch antworten, wie es Günter Verheugen (*Europa in der Krise*, Köln 2005) tut: Ist das nicht europäische Identität, dass wir eine gemeinsam erlebte Geschichte haben? Dass uns ein gemeinsames Verständnis der hohen Rolle des Rechts eint? Die Bedeutung des Individuums? Und allem voran, wir das Prinzip der friedlichen Lösung von Konflikten einhalten; ist das nicht schon viel von europäischer Identität? Dies, gleichsam auf eine höhere Ebene gesetzt, schlägt Jürgen Habermas vor, in der Diskussion über die »Verfassung für Europa« die Ausbildung von europäischer Identität zu erproben.

Zweifelloos ist eines noch nicht gelungen: im Alltagsleben der Bürgerinnen und Bürger das europäische Bewusstsein wirklich bewusst werden zu lassen. Das bleibt die politische Aufgabe; und es handelt sich dabei um eine kulturelle Aufgabe. Ich bringe es

auf die apodiktische Formel: Wenn wir das kulturell nicht wissen und wollen, wird uns das politische Projekt Europa nicht gelingen!

7.

So heftig es für den Ausbau europäischer Institutionen zu plädieren gilt, die ja immer Zukunftsvisionen auf ein besseres Jetzt rechtfertigen, so ist doch ebenso unmissverständlich festzustellen: Europa steht und fällt mit dem Maße, in dem es vor Ort, in jeder einzelnen Kommune der Mitgliedsländer der Europäischen Union gelebt und entwickelt wird oder eben nicht. Das heißt mit anderen Worten: Das Europäische Parlament kann sich anstrengen wie es will, es kann Forderungen nach Aufstockungen des europäischen Etats für Kulturpolitik erheben, wie es will. Was vor Ort, in den Zivilgesellschaften der Kommunen an europäischem Optimismus, an europäischer kultureller Gestaltungskraft und an Gestaltungswillen nicht vorhanden ist, wird sich kaum verordnen lassen. Die Durchsetzungskraft von Kulturpolitikern im Europäischen Parlament und auch in der Europäischen Kommission steht und fällt mit Rückhalt der Kultur in den Zivilgesellschaften vor Ort, mit der Substanz, die aus der Zivilgesellschaft in die politischen Verhandlungsräume Europas wächst. Im Blick auf die Kommunen in Deutschland können wir die Potentiale ermessen: Hier hat sich in den 70er Jahren die neue Kulturpolitik entwickelt und hier sind beispielhafte – auch in Bamberg – Konzepte zur kulturgeprägten Stadtentwicklung im Prozess der Bewerbungen um den Titel »Kulturhauptstadt Europas 2010« in breit geführten Diskussionen erarbeitet worden. Hier ist eine Schlüsselfrage europäischer Kultur und Kulturpolitik aufgetaucht und zum Teil erstaunlich beantwortet worden – eine Frage, die sich immer neu stellt und die immer neu beantwortet werden muss, wenn Europa in die Zukunft fortschreiten will: Wem nützt Europa – ganz direkt und unmittelbar?

Liegt nicht die Ursache für die Verneinung europäischer Kulturpolitik in der praktischen Tagespolitik am Ende ganz einfach darin, dass nur ein marginaler Anteil von Bürgerinnen und Bürgern als Antwort auf die Frage, inwiefern ihnen Europa oder Kul-

tur oder ganz und gar europäische Kultur nützt, keine konkreten Antworten wüsste? Das ist der Punkt, an dem eine europäische Kulturpolitik, die sich selbst ernst nimmt, anzusetzen hat. Europa muss unmittelbar menschennützlich und lebensdienlich vor Ort gestaltet werden, weil andernfalls nicht lebendige Realität werden bzw. bleiben kann. Die Gelegenheiten dafür werden bislang nicht hinreichend genutzt.

Eine der Möglichkeiten, die hervorragende Chancen bietet, ist das seit 1985 existierende Projekt der »Kulturhauptstädte Europas«. Es hat sich als populärstes und bürgernächste Projekt der Europäischen Union erwiesen. In den Jahren 2003 und 2004 waren wir in Deutschland Zeugen des beispiellosen kulturpolitischen Aufbruchs, der aus dem Wettbewerb um den Titel »Kulturhauptstadt Europas« gewachsen ist.

Der kräftige Atem, der aus diesem Wettbewerb für die Städte und darüber hinaus geschöpft wurde, der Herzschlag, der dank ihres Engagements durch das Land pulste und Engagement zeugte, ist weder verborgen geblieben noch erloschen; und ich hoffe, er hält auch in Bamberg an.

Der Erfahrungskern dieses vielfachen kulturellen Engagements lässt sich auf die Feststellung bringen: Kultur kann Motor und Ressource für positive gesellschaftliche Entwicklung sein. So haben es Vertreter von mehr als zwanzig Kulturstädten in Deutschland und Ungarn gemeinsam mit Experten aus weiteren acht Mitgliedsstaaten der Europäischen Union im Mai 2005 in ihrer *Budapester Erklärung* formuliert. Kultur kann Motor und Ressource sein – wenn es gelingt, die vorhandene kulturelle Vielfalt auch als Variantenvorrat zur Lösung von Aufgaben und Problemen, als Lernfeld zur Erarbeitung von Entwicklungsstrategien zu nutzen. Dies setzt die Erkenntnis voraus, dass es zunächst erforderlich ist, auch praktisch einen tatsächlich kulturellen Zugang zu den komplexen Herausforderungen der Gesellschaft zu finden. Welche atemberaubende Wirkungen so entstehen können, ließ und lässt sich an den ungarischen und deutschen Kulturhauptstadtwerbenden für das Jahre 2010 ablesen. Die hauptsächliche Gestaltungsaufgabe für europäische – und auch für die deutsche! – Kulturpolitik besteht darin, dieses Verständnis von

Kultur als Schlüsselzugang zur Lösung komplexer Situationen so ins europäische Bewusstsein zu bringen, dass es praktische politische Folgen zeitigt.

Kultur in Europa kann Motor und Ressource für gesellschaftlichen Fortschritt sein. Sie *kann*. Werden wird sie es dann, wenn Kulturpolitiker vor Ort es wagen, Impulsgeber, Destillationsraum, Magnet und Verdichter von Entwicklungsstrategien und gleichzeitig Herz und Atem des nötigen Engagements von Bürgerinnen und Bürgern wie der Funktionseliten zu sein. Darüber gemeinsam weiter nachzudenken wird im nächsten Jahr Anliegen des IV. Kulturpolitischen Bundeskongresses »kultur. macht. europa« der Kulturpolitischen Gesellschaft sein, und wird wohl auch *das* kulturelle Thema für die deutsche Ratspräsidentschaft 2007 werden. Nicht zuletzt steht auch der Evangelische Kirchentag unter dem Motto »Europa«.

Die europäische Kulturpolitik hat die besten Gründe für Selbstbewusstsein. Worauf es ankommt ist, die Ärmel aufzukrempeln und es in praktische Gestaltung umzusetzen – dann ist nicht mehr zu befürchten, dass den Bürgern die Europäische Union gleichgültig ist.

Und das wiederum lehrt uns Hegel: »Es werden große Dinge nur geschaffen, wenn sie mit Leidenschaft betrieben werden.«

Titel des Buches: Olaf Schwencke, Das Europa der Kulturen – Kulturpolitik in Europa, Dokumente, Analysen und Perspektiven von den Anfängen bis in die Gegenwart, 2. ergänzte und aktualisierte Auflage, Essen/Bonn 2006 (dort auch Literaturhinweise)

DIE UNIVERSITÄT ALS WERKSTATT EUROPÄISCHER IDENTITÄT

Im Zentrum der heutigen Veranstaltung stehen, metaphorisch gesprochen, zwei würdige Damen: Die sidonische Prinzessin Europa, die, wie der Mythos es weiß, vom Göttervater Zeus in Stiergestalt von Phönikien nach Kreta entführt wurde, ist Jahrtausende alt. Und die Universität, die Alma Mater, also die nährenden Mutter, gehört mit über 800 Jahren zu den ältesten gesellschaftlichen Institutionen, die wir kennen.

Europa nahm allerdings im Laufe der Zeit sehr verschiedene Gestalten an und wuchs erst in den letzten Jahrzehnten zu der Europäischen Gemeinschaft bzw. Union (EU) heran, die wir heute meist mit Europa gleichsetzen. Wir sollten aber nicht vergessen, dass unser Kontinent nicht nur aus 25, sondern aus 45 unabhängigen Staaten besteht, mit 730 Mio Einwohnern und rund 70 Sprachen.

Nach den Klosterschulen wurde die Universität Hort des Wissens und geistiger Mittelpunkt in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung, bei der Suche nach Wahrheit und Rationalität, auch in der Frage kultureller Kontinuitäten und Diskontinuitäten. Sie entfaltete ihre Wirkung vom 11. Jahrhundert an: im italienischen Bologna, heute Synonym für eine große europäische Baustelle, im französischen Paris, im spanischen Salamanca und im britischen Oxford, aber auch im polnischen Krakau und im tschechischen Prag. Die Gelehrten und ihre Schüler suchten diese Orte des Wissens auf und schufen damit länderübergreifend Kontakte und Netzwerke, die den Austausch schon früh sicherten und eine Art europäische Gemeinschaft der Akademiker entstehen ließen.

Hochschulen als Werkstatt europäischer Identität – unser heutiges Thema wollen wir aus zeitlicher Perspektive betrachten: erstens darauf blicken, wie Universitäten die europäische Identität mitgeprägt *haben*, und zweitens danach fragen, in welcher Wei-

se die Hochschulen von heute die Identität des *Europa von morgen* prägen.

Beginnen wir mit »gestern«, der Funktion der Universitäten im Heranwachsen eines europäischen Kulturraums. Die Universität als Institution stand und steht für zweierlei: für das *Gedächtnis* und die *Neugier* einer Gesellschaft. Zur Funktion des Gedächtnisses gehört zum einen das Wissen selbst, der Schatz an Erkenntnissen, die es zu sichern und zu bewahren gilt – einen Schatz, der zugleich den Humus für weiterführende Erkenntnisse und Erfahrungen bildet. Darüber hinaus gehören in den Bereich dieses kulturellen Gedächtnisses aber auch Werte und subjektive Erfahrungen, die sich über die Jahrhunderte als wertvoll erwiesen haben: ethische Maßstäbe beispielsweise, die ins Verhältnis zur jeweiligen Realität gesetzt werden.

Als Orte des kulturellen Gedächtnisses bewahren die Hochschulen ein europäisches Erbe, geben es an neue Generationen weiter – und sichern den Fortbestand der Wurzeln europäischer Kultur, die sich im Laufe der Jahrhunderte gebildet haben. Diese Wurzeln sind weit verzweigt und wirkungsreich: Die griechische Antike hat uns die Grundlagen von Kunst und Wissenschaft sowie einen Begriff von Demokratie vermacht. Dem Römischen Reich verdanken wir die Konzepte von Recht, Ordnung, Verwaltung und Staatswesen – aber auch den Begriff der Toleranz. Das im Jüdischen wurzelnde Christentum hat das Streben nach Frieden hinzugefügt (ein nicht immer durchgehaltenes Konzept), weiterhin die Nächstenliebe, Innerlichkeit und wichtige Elemente im Konzept des sozialen Rechtsstaats.

In den letzten Jahrhunderten kamen viele bedeutende Entwicklungen hinzu: Humanismus und Renaissance, Aufklärung und industrielle Revolution sowie diverse politische Weltanschauungen vom Liberalismus über den Kapitalismus bis zum Faschismus und Kommunismus. Die Universität hat all dieses Wissen, die Denkströme und Werte, die Europa geprägt haben, mit geschaffen, bewahrt, verwertet und umgestaltet.

Mit dem Blick auf die Verwertung von Wissen kommen wir zur zweiten Funktion der Universität: der *Neugier und der Suche nach der Wahrheit*, dem Suchen nach neuer Erkenntnis, der Er-

weiterung des Wissens- und Erfahrungshorizontes, dem Infragestellen bisheriger Erkenntnisse und der Neubewertung vor veränderten Zeit- und Wissenskontexten.

Forschung *und* die dazugehörige Forschungsfreiheit sind Voraussetzungen für den Fortschritt einer Gesellschaft, so auch der europäischen: in Wissenschaft und Technik ebenso wie in den politisch-gesellschaftlichen und ökonomischen Teilsystemen. Ethische Reflexion gehört gleichfalls dazu. Beide Funktionen, das Bewahren und Weitergeben des Wissens einerseits und die Erweiterung von Wissen andererseits, haben in der Funktion der Universität als Wegbereiter Europas eine wichtige Rolle gespielt. In dieser Weise waren Hochschulen Werkstätten auf dem Weg zu einer europäischen Identität.

Sehen wir nach diesem Blick zurück nun nach vorn: In welcher Weise können die Universitäten auch das Europa von morgen prägen? Was können und sollen sie tun, um eine zukunftsfähige Identität des heutigen Europa mitzugestalten? Fragen wie diese sind schwieriger zu beantworten, weil die Verbindung des politischen Europa mit den Universitäten, die ja kein politisches Mandat haben, nicht ohne weiteres sichtbar ist. Auch die Kritik, die der Europäischen Union heute entgegenschlägt, hat mit den Hochschulen erst einmal wenig zu tun. Sehen wir einige der Schwierigkeiten genauer an:

- die Distanz zum Bürger
- die Kritik am Euro, an der Regelungswut, an zuviel Bürokratie und zu wenig Demokratie,
- die Klagen über eine fehlende gemeinsame europäische Außen- und Verteidigungspolitik,
- zuwenig Effizienz gegenüber Kriminalität und Terrorismus,
- die Angst vor den Folgen der anstehenden Beitritte von Rumänien und Bulgarien, ganz zu schweigen von den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei,
- die Verfassungsquerelen,
- Zielsetzungen, die nicht eingehalten werden (z. B. Lissabon 2000),

Für Probleme wie diese hat auch die Hochschule als europäische Institution keine unmittelbaren Lösungskonzepte. Mittelbar allerdings können wir sehen, dass gerade an den Hochschulen Dinge passieren, die für Europa zukunftsweisend sein können, und durchaus Impulse für ein europäisches Selbstverständnis liefern.

Ein plastisches Beispiel ist die innereuropäische *Mobilität*. Schon die Entstehung Europas war von Anfang an durch Wanderungsbewegungen geprägt: Beispiele sind die Völkerwanderung, die Handelsbeziehungen und Emigrationsbewegungen, Fluchten und religiös motivierte Vertreibungen (z.B. Waldenser und Hugenotten) – und die Mobilität von Professoren und Studierenden, also die akademische Mobilität: Die Angehörigen der Universitäten lehrten und forschten mit großer Selbstverständlichkeit jenseits nationaler Grenzen.

Hochschulen waren schon immer privilegierte Zentren akademischer Mobilität. Studierende gehen an gute Universitäten und zu möglichst guten akademischen Lehrern. Sie suchen gute Studienbedingungen und zukunftsfähige, karrierefördernde Abschlüsse. Nicht immer ist das freiwillig: So gibt es beispielsweise in Griechenland gar nicht genügend Studienplätze für den eigenen akademischen Nachwuchs. Auch in vielen anderen Ländern dieser Erde gibt es zuweilen solche Probleme. Doch im allgemeinen ist die akademische Mobilität gerade in Europa zum Glück frei von solchen Zwängen. Und sie ist gleichzeitig notwendiger denn je: Denn Europa, wie tief auch immer die historischen Wurzeln sein mögen, ist kein naturgegebener Zustand. Auch eine gemeinsame Währungs- oder Handelspolitik kann keine europäische Identität schaffen, und wir erinnern uns, dass Jean Monnet, einer der Väter der heutigen EU, am Ende seines Lebens erklärte, dass er, würde er noch einmal von vorne anfangen können, mit der Kultur beginnen würde: *Si c'était à refaire, je commencerais par la culture.*

Die Jungen, die Nachfolgenden, müssen selbst die Erfahrungen machen, die sie in ihrem Selbstverständnis zu Bürgern Europas und Bewohnern eines gemeinsamen europäischen Hauses werden lassen. Dies bedeutet – zumindest zeitweilig – Leben in

anderen Ländern Europas, jenseits nationaler Grenzen und doch innerhalb eines Kulturraums.

Die Entscheidung für eine solche »Europaphase« bringt heute Hunderttausende von Studierenden und Dozenten an die Hochschulen ihrer europäischen Nachbarn: ein nicht zu unterschätzender Motor für die Schaffung eines gemeinsamen Selbstverständnisses. Im Rahmen des sogenannten Bologna-Prozesses, der größten und in ihren Konsequenzen nachhaltigsten Hochschulreform der letzten Zeit, werden wir bis 2010 einen einheitlichen europäischen Hochschulraum, haben – einen Hochschulraum der sehr viel größer ist als das Europa der 25.

Schon heute haben sich 45 Staaten verpflichtet, ihre Abschlüsse zu harmonisieren, Standards zur Qualitätssicherung zu schaffen und einzuhalten sowie Studienleistungen wie Anerkennungsmodi transparent zu machen. Wenn im Mai 2007 in London die nächste Bologna-Folgekonferenz stattfindet, wird die Zahl der Teilnehmerstaaten voraussichtlich weiter steigen. Auf diese Weise wird der Austausch von Lehrenden und Lernenden erleichtert. Dass eine Auslandsphase in der akademischen Ausbildung von Island bis Russland und von Norwegen bis Zypern zunehmend zum Normalfall wird, dafür sorgen auch nationale wie internationale Mobilitätsprogramme.

»Bringing students to Europe, bringing Europe to all students« ist der Leitgedanke von ERASMUS, dem riesigen europäischen Programm, das seit 1987 1,2 Mio. Studierenden einen Studienaufenthalt im Ausland ermöglicht hat. Allein im Jahr 2005 haben 22 500 Deutsche daran teilgenommen. Durch Erhöhung des Bildungshaushaltes um 0,2 % stehen für den Bildungsetat der EU von 2007–2013 insgesamt 6,97 Mrd. Euro zur Verfügung (0,8 % des Gesamtetat von 866 Mrd. Euro) – 3,1 Mrd. für Erasmus, was für Deutschland etwa 50 Mio. im Jahr bedeutet (statt bisher 36 Mio.). Dafür sind wir dankbar, wenn auch die ursprünglich geplante Steigerung auf 13,6 Mrd. für den Sieben-Jahres-Zeitraum nicht gelungen ist. Es gibt nach wie vor ein zu starkes Auseinanderklaffen zwischen dem Etat für Forschung (55 Mrd.) und dem für Bildung (6,97 Mrd.). Immerhin profitieren die europäischen Hochschulen, darunter auch die deutschen, von die-

sem Geldsegen. Ab Januar 2007 gibt es auch einen europäischen Forschungsrat, der die Interessen der Wissenschaft auf höchster Ebene vertreten wird.

Die akademische Gemeinschaft lebt in der Mobilität ihrer Mitglieder die europäische Gemeinschaft vor: Das gemeinsame Arbeiten und das gemeinsame Leben ohne nationale Grenzen ist an den Hochschulen schon längst eine Selbstverständlichkeit.

Ein besonderes Merkmal, das die Identität Europas mit ausmacht, ist die Mehrsprachigkeit: In ihr spiegelt sich der große kulturelle Reichtum und die Vielfalt der europäischen Nationen. Auf dem Weg zu einem gemeinsamen Europa bedeutet das: Es liegt an den Bildungssystemen, dafür zu sorgen, dass sich die Europäer untereinander auch verstehen. Längst ist Englisch zu einer Art *lingua franca* der Wissenschaften avanciert, und in Deutschland gibt es bereits seit den 90er Jahren englischsprachige Studiengänge, die besonders diejenigen für ein Studium gewinnen wollen, deren Deutsch nicht gut genug ist, um Lehrveranstaltungen zu folgen. Dennoch lernt die überwältigende Mehrheit derer, die an einer deutschen Hochschule studieren, in Alltag und Studium auch Deutsch. Ähnliches gilt für andere Länder Europas, und der Spracherwerb im europäischen Austausch ist bei weitem nicht auf das Englische beschränkt: Deutsche Studierende, die nach Frankreich oder Polen gehen, lernen dort die Landessprache. Und wir wissen: Der Zugang zu den Landessprachen ist eine wichtige Brücke zwischen den Nationen Europas. Die Sprachenvielfalt und das Ideal der Mehrsprachigkeit, beides kulturpolitische Ziele der EU, sind – wenn es auch noch besser sein könnte – an den Hochschulen bereits Realität.

Sprache ist ein Kommunikationsinstrument. Das bringt mich zu einem dritten Punkt: Wenn Hochschulen Werkstätten europäischer Identität sein sollen, dann ist ihre Funktion als Stätten des Dialogs wesentlich. Hochschulen fungieren – als Gemeinschaft von Lehrenden, Forschenden und Studierenden – von jeher als »Agora«, als Marktplatz von Ideen und als Orte des Dialogs und des Austauschs jenseits nationaler, weltanschaulicher oder sonstiger Grenzen, zwischen Generationen und Disziplinen, mit der sie umgehenden Gesellschaft, im Spannungsfeld politischer und

wirtschaftlicher Systeme und ihrer Parameter. Auch in einem gemeinsamen Haus Europa müssen die Türen und Fenster zu anderen Kontinenten für einen echten Dialog offen bleiben, der mindestens soviel Zuhören wie Reden bedeutet.

Die Universität bietet für einen so konzipierten Austausch den institutionellen Rahmen und die notwendige Freiheit – Grundbedingung dafür, dass wissenschaftlicher Fortschritt überhaupt möglich wird und dass die besten Köpfe aus aller Welt gern und bewusst zu uns kommen. Die Universität braucht Menschen mit dem Impetus, neue Wege beschreiten zu wollen, Vordenker ohne nationale Scheuklappen. Das war in der Vergangenheit so und wird hoffentlich, trotz allen Reformierens, auch in Zukunft so bleiben. Sehr lang ist die Liste der Geistesgiganten, die an Universitäten ausgebildet wurden und an ihnen gelehrt haben. Ich nenne nur Leibniz, Kant, Schopenhauer, Nietzsche und natürlich Ihren Namenspatron Hegel, der 1818 unter dem Rektor Schleiermacher an die Berliner Universität berufen wurde.

Universitäten sind aber auch in der Lage, ganz konkret europäische Pionierarbeit zu leisten. Bemerkenswerte Beispiele sind der Wiederaufbau der Hochschulen im ehemaligen Jugoslawien, das Schauplatz des ersten Krieges auf europäischem Boden nach 1945 wurde, oder auch das Engagement unserer Hochschulen in Afghanistan, im Irak oder in Palästina.

Die Akademiker standen und stehen nicht immer abseits von ethnischen und religiösen Konflikten, leider; auch Intelligenz schützt nicht immer vor Fanatismus und schlimmen Entwicklungen. Nach den kriegerischen Konflikten jedoch waren es gerade die Hochschulen, die als vergleichsweise neutrale, der Vernunft und Wahrheit verpflichtete Institutionen Kompetenznetze und Ausbildungsmöglichkeiten ins Leben riefen – Institutionen, die die einstigen Konfliktparteien in den Laboren und Hörsälen, aber auch an den Gremientischen zusammenbrachten, neutrale Orte des Austausches, die einen gesellschaftlichen Neuaufbruch mit in Gang setzen konnten.

Hochschulen sind spätestens seit der Aufklärung als Institutionen nur bedingt Teil des politischen Systems und vom Prinzip her weder Religion noch anderen Weltanschauungen bindend ver-

pflichtet. Sie können, wenn sie wollen, Distanz wahren. Freiheit in Forschung und Lehre ist ihnen in Deutschland sogar durch das Grundgesetz garantiert.

Trotz globaler Vernetzungen und bester Kommunikationsmöglichkeiten ist echter Austausch oft spannungsreich und mühselig. Natürlich gibt es Ängste vor einer zu starken und unnötigen europäischen Vereinheitlichung wie auch umgekehrt vor allzu großer Verschiedenheit und Fremdheit. Aber warum sollten wir nicht Europäer sein und gleichzeitig Deutsche, Briten, Italiener oder Franzosen bleiben. Unsere Hochschulen haben die einmalige Chance, Vorreiter sein zu können, Spiegelbild eines wenigstens geistig vereinten Europas, Schmelztiegel, um Neues entstehen zu lassen

- aus der Vielfalt kultureller Impulse,
- aus dem Reichtum europäischer Identitäten,
- durch einen wertorientierten, verantwortlichen Umgang mit Wissen und Ressourcen
- und durch die Bündelung der Kräfte.

Denn Kooperation ist mindestens so wichtig wie Konkurrenz.

Eingangs habe ich sowohl Europa als auch die Universität als würdige Damen bezeichnet, was sie ohne Zweifel sind. Ich hätte allerdings hinzufügen müssen, dass beide die Fähigkeit der Verjüngung und Erneuerung haben. In einer Zeit, in der die Euphorie europäischer Integrationsbestrebungen sehr verhalten geworden ist und durch allerlei Regionalismen, Föderalismen und Provinzialismen ersetzt zu sein scheint, muss es eine der vornehmsten Aufgaben der Universität bleiben, die Grundlagen unserer gemeinsamen Kultur immer wieder deutlich zu machen und unsere Jugend zu lehren, Europa im Plural zu deklinieren.

PODIUMSDISKUSSION

Auf dem Podium:

Theodor Berchem

Linus Förster

Thomas Gehring

Michael Rutz

Olaf Schwencke

Roland Simon-Schaefer

Gesprächsleitung:

Ulrike Leutheusser

Gegenwärtig stellt sich die Frage, ob Europa nur ein erfolgreicher Konsumverein sein will, der sich auch wieder auflösen kann, oder ob es eine europäische Identität geben sollte, also eine Idee, die die Menschen auch dann zusammenhalten kann, wenn der Konsum nicht mehr so erfolgreich funktioniert. In der Gegenwart ist die Zukunft vollkommen offen, ein Scheitern ist ebenso möglich wie ein dauerhafter Erfolg.

Ulrike Leutheusser: Grüß Gott, liebe Zuhörer hier in der Dominikaner Kirche in Bamberg, der heutigen Aula der Universität Bamberg, und liebe Zuschauer am Fernseher. Ende Juni endete die österreichische EU-Präsidentschaft und das Ziel Österreichs war es – mit den Worten der österreichischen Außenministerin – , »die Kraft der 25 Mitglieder wieder spürbar zu machen und das europäische Wir-Gefühl zu stärken.« Hoffen wir, dass es erfolgreich war. In der zweiten Jahreshälfte nun hat Finnland den Vorsitz, und ab Januar 2007 übernimmt Deutschland den Vorsitz mit dem Ziel, den EU-Verfassungsvertrag zu retten. In der heutigen Gesprächsrunde, am Ende der Hegelwoche hier in Bamberg diskutieren Experten aus Wissenschaft, Politik und Medien über die Zukunft Europas. Herr Professor Berchem, meine Frage jetzt an Sie: Was möchte denn Europa sein?

Theodor Berchem: Was es sein soll, scheint noch nicht so eindeutig klar zu sein. Dass wir miteinander Wirtschaft treiben und es keine Grenzen mehr gibt, dass alles einfacher ist und wir eine

gemeinsame Währung haben, das ist alles schön, und da wird auch keiner etwas dagegen haben. Aber was wir sozusagen »geistig« als Idee sein sollen, das sehe ich jedenfalls persönlich noch nicht. Als Beispiel können wir mit der Gottesidee anfangen. Die Moslems hätten kein Problem, in eine Verfassung Gott hineinzunehmen, nur wir tun uns damit schwer. Gut, ich weiß um die Probleme in den einzelnen Ländern – bei der strikten Trennung zwischen Staat und Kirche in Frankreich ist das zum Beispiel nicht durchzusetzen. Dort wird das seit Jahrhunderten so gehandhabt und die Tradition ist so feststehend, dass ich keine Möglichkeit sehe, dass die Franzosen dem beistimmen würden. Ich stelle mir für die Verfassung eine Art »minima regularia« vor, die gemeinsame Schnittmenge, auf die man sich einigen kann. Aber das macht ja den Rest nicht unberflssig.

Herr Schwencke hat vorhin gesagt, unsere Werte könnten wir auch sonst praktizieren, aber es sind doch im Wesentlichen christliche, religiöse Werte, die wir da zu verteidigen haben – wenn wir diese Werte offiziell nicht mehr vertreten, wer vermittelt sie denn dann? Wir konstatieren einen Rückzug unserer Jugend aus den Religionsgemeinschaften, nicht weil sie besonders militant dagegen wären, sondern weil Religion einfach nicht mehr praktiziert wird. Alle reden davon, wir müssen Werte vermitteln; dann würde ich mal die Frage in den Raum stellen, welche Werte dürfen es denn sein? Da fällt uns nämlich gleich ein, dass es im Wesentlichen doch die christlichen Werte sind, zusammen mit Werten der Philosophie und ähnlicher Bereiche – das alles ist aber so ineinander verwoben, dass man im Wesentlichen von einer christlich geprägten Gesellschaft sprechen kann, die einige Werte hat, von denen wir weiterleben.

Die zweite Frage wäre: »Wenn aber die Religionsgemeinschaften diese Werte nicht weitervermitteln und wenn die Familie sie auch nicht mehr weitervermittelt, wer soll sie denn weitervermitteln? Wie sieht denn unser Staat in 30, 40, 50 Jahren aus, wenn das nicht mehr weitervermittelt wird?« Wenn wir sagen, dass wir Werte haben und alle dahinter stehen, dann möchte ich fragen, welche dürfen es sein und wer soll sie vermitteln? Bei der europäischen Verfassung sehe ich das übrigens ganz gelassen –

wenn Gott nicht drinsteht, dann lasse ich mir deswegen nicht verbieten, an ihn zu glauben.

Thomas Gehring: Ich höre hier von christlichen Werten, die 2000 Jahre alt sind, sich entwickelt haben und auf die wir aufbauen können. Wenn ich mir vorstelle, dass jemand unsere Diskussion vom Mond aus verfolgt, der historische Kenntnisse hat und 60, 70 Jahre zurückblickt, dann sieht er, dass diese christlichen Werte, die damals ja auch schon gegolten haben, nicht verhindert haben, den größten Weltkrieg auszulösen und große Teile der Welt in Schutt und Asche zu legen. Werte sind schön, sie sind auch da, man kann an sie anknüpfen, aber sie sind kein beständiges Fundament, jedenfalls nicht alleine oder als hauptsächliches Fundament. Was wir brauchen, sind Institutionen, die natürlich dann auf irgendeiner Basis beruhen, aber die bestimmte Entscheidungen festsetzen, die in der nächsten Runde, also etwa wenn die Regierung wechselt oder wenn die wirtschaftliche Lage schwieriger wird, nicht so leicht wieder aufgekündigt werden können. Und wir brauchen Interessen, auf deren Basis diese Institutionen stabil abgesichert sind. Das eigentlich Neue an der Europäischen Union ist, dass sie einen mehr als 60-jährigen Frieden geschafft hat. Man muss sich vorstellen, sie ist 1950 gegründet worden – 5 Jahre nach dem 2. Weltkrieg, von den beiden ehemaligen Erzfeinden Deutschland und Frankreich. Als Folge aus der Erkenntnis: Es bringt nichts mehr, wenn wir uns nur gegeneinander in Stellung bringen. Deutschland und Frankreich könnten sich gegenseitig am Boden halten, aber dabei kommt nichts Positives heraus. Es wurde also etwas völlig Neues erfunden. Gemeinsame Interessen, gemeinsame Institutionen, bestimmte Bereiche gemeinsam regeln, darauf baut der Friede auf, der in Europa jetzt 60 Jahre hält, und auch der Wohlstand im Bereich der Eurozone, der natürlich auch eine Attraktion hat. Wenn wir den EU-Raum mit anderen Gebieten vergleichen, die wenig Wohlstand haben und viel weniger zusammenarbeiten, zum Beispiel mit dem Balkan-Raum, dann sehen wir ja die Schwierigkeiten wie Nationalismus und so weiter. Eine zweite Sache: die »Seele für Europa«. Die Verfassung war im Grunde der Versuch, eine Seele für Europa zu erfinden. Wir haben eine Institution, die funktioniert als solche ganz

gut, aber die Bürger verstehen sie nicht. Wo sie gut funktioniert, hören wir auch nicht viel von ihr, weil die Medien natürlich immer erst einmal über Konflikte und Schwierigkeiten berichten und nicht über funktionierende Bereiche. Zudem sind manche Tätigkeitsfelder auch sehr technisch und man versteht sie nicht. Man hat also die Idee gehabt, man müsste das, was wir schon haben und was niemand aufgeben will, mit einer neuen Idee überwölben, mit einer Verfassung für den Bürger. Und genau diese Verfassung ist jetzt an zwei Referenden durch den Bürger gescheitert – und zwar in zwei von den sechs europäischen Gründungsstaaten. Das zeigt also, dass der Versuch, einfach einmal so eine neue »Seele« zu erfinden, ohne dass Substanz dahinter ist, ohne dass wirklich etwas Neues passiert, sehr gefährlich sein kann. Die jetzige Krise ist ein gescheiterter Versuch, Europa eine Seele von oben aufzustülpen.

Olaf Schwencke: Wir Europäer haben aus der Geschichte gelernt, insbesondere wir Deutschen, und wir werden alles daran setzen müssen, dass das, was wir aus unserer bösen Geschichte des vorigen Jahrhunderts gelernt haben, aus der Barbarei der Nazizeit vor allem, bewahrt bleibt. In der Verfassung stehen die Grundwerte. Ich nenne nur drei, das sind die Menschenrechte – die zu bewahren ist das A und das O bis ins Kleinste hinein. Das Zweite ist die Herrschaft des Rechts. Dass die Nazis so schnell ihr eigenes Recht, was ein Unrecht war, gegen andere durchsetzen konnten, hing damit zusammen, dass es der Bevölkerung in den 20er Jahren nicht gelungen ist, trotz Weimarer Verfassung diese Herrschaft des Rechts durchzusetzen. Und schließlich drittens: das Völkerrecht. Wir haben nach den zwei Weltkriegen und dem Holocaust gelernt, dass man Konflikte friedlich zu lösen hat und das Militär wirklich die Ultima Ratio ist, und dass man nicht so schnell sagen kann: »Das nützt nichts, man muss in dieser Welt auch militärische Macht anwenden. Das, was die Europäer von Kant gelernt haben, nämlich auf den Frieden zu setzen, einen Weltfrieden als höchstes Ziel, ist nur dann zu erreichen, wenn wir auch die militärische Macht haben.« Ich glaube, wir tun gut daran – und das ist auch eine Lehre aus dem Irakkrieg – dass wir in Europa darauf beharren, dass das Völkerrecht und nicht das

Recht des Stärkeren maßgebend ist. Alles das sind europäische Werte – sie stehen in der Verfassung und sie müssen gelebt werden. Und nichts ist wichtiger, als auf dieser Grundlage auch miteinander im Kleinen zu verkehren.

Ulrike Leutheusser: Herr Förster, Sie waren in Osteuropa und speziell in Weißrussland. Mit Ihrer Jugendarbeit haben Sie dort interessante Erfahrungen gemacht. Wenn wir jetzt über die Zukunft Europas in der letzten Runde sprechen, dann möchte ich wissen – gehört Weißrussland dazu? Wäre Russland ein vernünftiger Partner in der EU?

Linus Förster: Ich glaube, dass wir am Schluss vielleicht sogar afrikanische Länder dabei haben. Ich bin nicht der Meinung, dass die Zukunft dieser Idee an geographische Grenzen stoßen soll. Genau eben das, was wir diskutiert haben, jene Werte, die wir definieren und die wir leben, wollen wir miteinander leben. Und natürlich gibt es auch – denn es wäre einfach falsch so zu tun, als ob es sie nicht geben würde – bestimmte wirtschaftliche Auflagen, die erfüllt werden müssen, die wir auch rigoroser anwenden müssen und über die wir uns Gedanken machen müssen, auch die müssen als Kriterien zugrunde liegen. Aber es geht vor allem darum, dass man gemeinsam eine Idee verfolgt; das kann bei Weißrussland ganz problemlos – wenn das politische System sich verändert hat und die wirtschaftlichen Leistungen kommen – und auch weiter in Richtung Russland erfüllt werden. Wir sollten uns wieder die Zeit nehmen, sehr gewissenhaft zu überlegen, in welchem Tempo die Umsetzung dieser Idee erfolgen soll. Das steht nicht in den nächsten 20 Jahren an, das steht vielleicht in 50 oder 60 Jahren an. Wichtig ist die Friedensidee und das Miteinander, und ich würde gerne anfügen, ein soziales, zielgerichtetes Wirtschaften – das sind gewisse Dinge, die dort beinhaltet und erfüllt werden müssen. Dann kann sich Europa in allen Richtungen als eine Gemeinschaft, die dann vielleicht auch nicht mehr Europäische Union heißt, sondern Friedensunion oder wie auch immer, auch ausweiten. Wichtig ist es, Werte und Gemeinsamkeiten zu definieren und für ein gemeinsames Projekt zu nutzen. Aus meiner Sicht ist die Erweiterung in alle Richtungen möglich.

Ulrike Leutheusser: Ein Europa ohne Grenzen?

Linus Förster: Ein Europa, eine Welt ohne Grenzen. Wunderbar wäre letztendlich ein Wertekanon, auf den wir uns alle einigen können. Das ist jetzt natürlich sehr, sehr utopisch, aber wenn wir uns irgendwann gemeinsam auf einer Basis bestimmter Werte, bestimmten Wirtschaftens, sozialer Verpflichtungen verständigen würden, dann wären die Grenzen überall so ineinandergeflossen, dass man von einer Welt ohne Grenzen sprechen könnte.

Theodor Berchem: Kommen wir also zurück zur europäischen Gemeinschaft/Union. Das, was die Union im Einzelnen will, wird jeweils neu bestimmt. Das soll man nicht vergessen, gerade auch im Zusammenhang mit dem, was Herr Förster eben gesagt hat. Wir Deutschen hatten eine einmalige Chance, gleich am Anfang mitzumachen. Die Beteiligten waren damals wirklich ganz besessen von dem Friedensgedanken für Europa. Das war das Erste. Das Zweite: Damit sollte natürlich auch nach Möglichkeit wirtschaftlicher Wohlstand verbunden werden, der schon mal ein gutes Polster schafft, wenn es um Frieden geht.

Europa hat uns Deutschen aber auch die Möglichkeit gegeben, überhaupt wieder auf der politischen Bühne mitzuspielen – wollen wir das doch bitte nicht vergessen. Wir waren völlig verschwunden von dieser Bühne und haben uns dann als besonders gute Europäer beteiligt; Europa ist dann zu dem geworden, was es heute ist. So ist es immer noch eine Wertegemeinschaft, immer noch eine Gemeinschaft, die dem Frieden dient, und das ist gar nicht hoch genug einzuschätzen. Aber wollen wir nicht vergessen, dass dahinter auch die Vorstellung steckt, der große Block Europa könne endlich gegenüber den USA ein Gleichgewicht schaffen. Dieser Gedanke ist doch unterschwellig vorhanden, es ist ja nicht nur ein »Mit-den-anderen«, sondern auch ein »Gegen-die-anderen« – zum Beispiel im wirtschaftlichen Bereich gegen den übermächtigen Partner USA. Wenn es jetzt um die Erweiterung geht, dann möchte ich vor zwei Dingen wirklich warnen. Erstens: So schnell wie bisher sollte man nicht weitermachen. Ohne die Bevölkerung mit einzubeziehen, da bin ich ganz Ihrer Meinung, sollte man ebenfalls nicht weitermachen. Man muss die Bevölkerung befragen. Das ist unbequem und kann auch zum entgegen-

gesetzten Resultat führen, aber man muss sie »mitnehmen«, wie es heißt.

Man sollte bedenken, dass in Frankreich das negative Ergebnis nicht nur mit Europa, sondern auch mit innenpolitischen Problemen zu tun hatte. Man sagte damals: »Machen wir doch ein Referendum, und wenn das dann positiv ausgeht, hat die Regierung wieder Oberwasser.« Das ist leider anders ausgefallen. Es kommen dann in solchen Momenten auch sämtliche Stereotypen wieder vor, sämtliche Klischees auch gegen die Deutschen. Ich bin selber mit einer Französin verheiratet und häufig genug in diesem Land, um mitreden zu können. Wir sollten uns mehr Zeit nehmen und die Bevölkerung mitnehmen. Und dann noch eine Bitte: Lasst es nicht an denen aus, die jetzt vor der Tür stehen, das ist mir ein großes Anliegen. Man kann nicht wegen einer Reihe von Schwierigkeiten – Arbeitsplätze, die weggenommen werden u.ä. – den Bulgaren und Rumänen jetzt einfach sagen: »Wir haben zu schnell gemacht, jetzt müsst ihr noch mal warten.« Ich weiß zwar um die wirtschaftlichen Probleme in diesen Ländern, aber da ich auch mit Rumänien zu tun habe – ich habe unter anderem eine Dissertation über dieses Land geschrieben –, weiß ich, wie sie jahrhundertlang darum gerungen haben, zu Westeuropa zu gehören. Die gesamten Intellektuellen im Rumänien des 19. Jahrhunderts sind in Frankreich und in Deutschland ausgebildet worden, und das hat bis in das 20. Jahrhundert hineingewirkt. Es wäre jammerschade und nicht gerechtfertigt, ihnen jetzt zu sagen: »Und ihr bleibt draußen.«

Thomas Gehring: Nach Rumänien und Bulgarien stehen natürlich die Nächsten vor der Tür. Das Argument, man könne es nicht an denen auslassen, die vor der Tür stehen, trägt nicht weiter. Gegenüber diesen beiden Ländern gibt es Verpflichtungen, da deutelt ja letztendlich niemand dran rum. Ich will ein etwas anderes Argument vorbringen, das gegenüber weiteren grenzenlosen Erweiterungen, vielleicht bis hin zu einer Art Weltgemeinschaft auf der Basis unserer Werte, skeptisch macht. Je mehr Staaten in einem solch komplexen Entscheidungssystem Mitglied sind, desto schwieriger wird es, Entscheidungen zu fällen. Das kann zu einer von drei Folgen führen: Entweder es werden keine Ent-

scheidungen mehr getroffen, weil die Beteiligten sich gegenseitig blockieren. Dann wäre die EU wirklich gescheitert, und zwar an Überlastung durch zu starke Erweiterung durch heterogene Staatengruppen. Oder aber wir übertragen zusätzliche Kompetenzen auf den EU-Entscheidungsapparat, so dass man also zum Beispiel Staatengruppen leichter überstimmen kann, oder dass man der Kommission erweiterte Entscheidungsrechte überträgt. Dann können Entscheidungen wieder fallen, aber wir müssen damit rechnen, dass wir öfter überstimmt werden. Mehrheitsentscheidungen sind ja in den meisten Bereichen inzwischen möglich, werden aber doch nach Möglichkeit vermieden. Je mehr Staaten Mitglieder der EU werden, desto öfter werden wir überstimmt werden, desto öfter werden also andere darüber entscheiden, was in Deutschland geschieht, weil die Deutschen – in anderen Fällen natürlich auch die Dänen, Engländer oder Franzosen – sich gerade in der Minderheit befinden. Mit der Erweiterung sind also Kosten verbunden. Und die dritte Möglichkeit, die ich für die wahrscheinlichste halte, wäre ein Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten. Es würden sich also diejenigen zusammenfinden, die weitermachen wollen. Dann würde sich eine kleinere Gruppe, die womöglich so ähnlich strukturiert ist wie die sechs Gründungsmitglieder, auf weitere Schritte einigen, während andere auf dem Niveau der Zusammenarbeit stehenbleiben, wie wir sie heute haben.

Ulrike Leutheusser: Die Schlussrunde möchte ich mit einer Frage zur Zukunft Europas einleiten: Welche Vision würden Sie entwickeln, die auch für die Bundeskanzlerin Merkel realisierbar wäre, und welche Ratschläge würden Sie ihr geben, wie sie sich verhalten soll, wenn sie im Januar die EU-Präsidentschaft übernimmt? Was würden Sie ihr in erster Linie raten zu tun, vielleicht auch zu unterlassen? Und wie kann man das mit einer Vision Europas verknüpfen, die den Bogen schlägt zur Vergangenheit, zu den Gründungsvätern, und gleichzeitig in die Zukunft führt? Ich weiß, dass die Frage kompliziert ist, aber Sie sind hier die Experten.

Roland Simon-Schaefer: Zunächst scheint mir wichtig, Europa nicht als christliche Wagenburg zu verstehen. Das was Herr

Förster eben gesagt hat, ist eine wunderschöne Vision, und wir sollten sie nicht aus den Augen verlieren. Wenn ich mich noch ein bisschen darauf beziehen darf, was vorhin auch über die Türkei gesagt worden ist: Unsere Kenntnis des Islam, hier bei uns Deutschen, beschränkt sich auf unsere Jugendlektüre von Karl May. Das heißt, wir wissen überhaupt nichts über den Islam. Womit wir im Moment konfrontiert werden, das ist Islamismus, das ist eine ganz bestimmte, sehr beschränkte Richtung des Islam. Wenn wir uns wirklich ernsthaft mit dieser Kultur auseinandersetzen, dann werden wir lernen, dass wir dem Islam ungeheuer viel verdanken. Im Mittelalter war er die große, weltumspannende Zivilisation, die alle hellenistischen Werke und Werte aufgenommen und an uns weitergegeben hat. Wir waren die Lernenden, wir haben diese Kultur überholt, und wir haben unser Christentum – ich habe gerade sehr viel über christliche Wurzeln gelernt – so weit entwickelt, dass wir es zu einer universalisierbaren Weltanschauung machen konnten. Die Christen haben übrigens Toleranz erst lernen müssen, sie haben sie nicht erfunden.

Ich rate der Bundeskanzlerin selbstverständlich, den europäischen Integrationsprozess weiter zu betreiben. Wir sollten die Verfassungsfrage natürlich nicht ad acta legen. Wir brauchen eine kleine Denkpause, aber wir brauchen eine Verfassung. Nur, wir müssen uns Zeit lassen und nicht zu hastig vorgehen. Ich habe gestern gesagt, wir dürfen etwas nicht schneller schlucken, als wir es auch verarbeiten können – also langsames Vorgehen. Gleichzeitig müssen wir all diejenigen, die jetzt ganz schnell zu uns kommen wollen, vernünftige Perspektiven und vernünftige Wege aufzeigen. In der Tat kann ich mir sehr gut ein Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten vorstellen, in dem es Kernbereiche gibt und man verschiedene Regionen allmählich heranzieht. Insofern hat Europa eigentlich keine natürlichen Grenzen.

Olaf Schwencke: Frau Merkel hält nichts von Visionen. Frau Merkel ist viel zu nüchtern, als sich für ihr politisches Alltagsgeschäft mit Visionen zu beschäftigen. Das ist meine Beobachtung und manche teilen diese Beobachtung. Ich möchte Frau Merkel auffordern, das zu tun und das zu denken, was sie selber in die Debatte gebracht hat. Sie hat neulich im Bundestag bei der Euro-

paerklärung gesagt: »Wir müssen uns auch bewusst werden, dass Europa Grenzen hat.« Wo liegen diese Grenzen? Ich greife diese Frage noch einmal auf. Die Grenzen findet man dann, wenn man auch die Geschichte, die Europa nach dem 2. Weltkrieg gegangen ist, reflektiert. Dazu gehört, dass nicht die EU oder die damalige EWG, sondern der Europarat, der 1949 von zehn Mitgliedsländern in Westeuropa begründet wurde und der jetzt 46 Länder hat, dafür maßgebend ist. Dieses Europa geht von Armenien bis Portugal, von Norwegen bis in die Türkei und dieses Europa des Europarats, dieses größere von 850 Millionen Einwohnern, könnte das Gedankengebilde sein für das, was für die EU möglich wäre. Selbstverständlich gibt es keinen vernünftigen Politiker im Europäischen Parlament, der heute sagt: »Nun, Rumänien und Bulgarien kann man vergessen, wir haben Schwierigkeiten, also bleiben die draußen.« Sie werden drin sein, sie müssen drin sein – man muss sich auf uns verlassen können. Für weitere Schritte sollte man sich, wie schon gesagt wurde, mehr Zeit lassen, doch unbegrenzte Aufnahmemöglichkeiten gibt es für die EU nicht.

Theodor Berchem: Meine Antwort ist ganz einfach. Ich werde mich hüten, Frau Merkel irgendwelche Ratschläge zu geben, die weit in den politischen Raum hineinragen. Ich kann ihr aber etwas für die Hochschulen empfehlen. Sie möge sich darum bemühen, ein ähnliches Programm für den jungen Forschernachwuchs ins Leben zu rufen, wie wir es mit ERASMUS für die Studierenden haben. Es wäre eine phantastische Sache, einen Austausch junger Europäer in den Spitzenlabors Europas aufzubauen. Das kann man mit relativ wenig Geld erreichen.

Thomas Gehring: Ich würde Frau Merkel raten, sich nicht zu blamieren. Ich vermute, Europa wird in 10 Jahren nicht so viel anders aussehen, als es heute aussieht. Die Geschwindigkeit der weiteren Entwicklung wird sich aufgrund der Probleme, die wir gegenwärtig haben, wohl automatisch reduzieren. Die Verfassung wird sich meines Erachtens nicht in kurzer Zeit wieder beleben lassen, denn das hieße ja, die Franzosen und Holländer zu fragen: »Habt ihr euch geirrt beim letzten Mal, wollt ihr nicht doch genau dem zustimmen, was ihr beim letzten Mal abgelehnt habt?« Sehr unwahrscheinlich, dass das in großen Ländern klappt – in

kleinen Ländern wie in Irland und in Dänemark hat es funktioniert –, aber bei Frankreich hätte ich meine Bedenken. Natürlich wird Frau Merkel nicht die nächsten Beitrittsschritte forcieren – und sollte dies auch nicht. Die Länder, die vor der Tür stehen, sind schon genannt, Kroatien und die Türkei, andere könnten folgen. All das braucht eine Menge Zeit. Was sie tun könnte, wäre natürlich, sich auf interessante und relevante Politikbereiche zu stürzen. Die Außenpolitik – es ist davon geredet worden: Europa muss gegenüber Amerika und anderen Ländern überhaupt in der Welt auftreten können. Bislang ist die Außenpolitik extrem schwach. Da kann man natürlich viel tun, konkret, ohne Symbolik, in der täglichen Arbeit. Eventuell ließen sich auch mit kleineren Verträgen neue Entscheidungsverfahren einführen und neue Kompetenzen übertragen, aber dann im Kleinen und nicht etwa als große Verfassung. Ein anderer Bereich: die Abfederung der negativen Folgen der Globalisierung. Europa besteht ja nicht nur aus dem Binnenmarkt, Europa ist zugleich ein Regulierungsmechanismus, der Mindeststandards setzen kann, um die negativen Folgen der Globalisierung, denen wir ja jenseits von Europa auch ausgesetzt sind, für die Europäer abmildern. Das kann die EU in einer Weise tun, wie die Mitgliedsstaaten das inzwischen nicht mehr können. Das wären Bereiche, in denen man sich seine Meriten verdienen könnte.

Linus Förster: Frau Merkel ist keine Anhängerin von Visionen – ich bin ein Anhänger von Visionen, ja manchmal vielleicht sogar ein bisschen ein Träumer, und deswegen möchte ich meinen Rat an Frau Merkel, den sie sich sicherlich nicht anhören wird, auch etwas visionärer oder emotionaler halten. Ich würde ihr raten, wie übrigens anderen Staatsschefs auch, mit ihrem Beamtenapparat zu den Menschen zu gehen, für die sie angeblich agieren will, nämlich zum Bürger und zur Bürgerin nach draußen. Ihnen dann ihre Absicht zu erklären, ihnen zu vermitteln, was ihre Vision für Europa bzw. ihre Regelung für Europa war; sie soll den Bürger nach seinen Wünschen und Ansichten fragen und mit ihm darüber diskutieren. Und hinterher die Ergebnisse in einem verständlichen Deutsch formulieren, denn jeder, der den Entwurf für die Verfassung gesehen hat, kann nur eins sagen: Es ist kei-

ne Lektüre, die man gerne abends gelesen hat, dazu war sie zu schwierig. Ich rate Frau Merkel, ein Werk zu verfassen, das kurz und bündig die wesentliche Basis unserer Werte und unserer Vorstellungen für ein gemeinsames Europa formuliert.

Michael Rutz: Ich würde Frau Merkel raten, das Thema Verfassung in absehbarer Zeit nicht anzufassen. Es war der Fehler, das Ganze »Verfassung« genannt zu haben. Im Grunde handelt es sich um eine neue Verwaltungsvereinbarung für die Europäische Union, denn in diesem Vertrag sind Regelungen zusammengefasst, die es seit langem gibt und die herumstreuen in vielerlei Verordnungen und Vorschriften. Als Verwaltungsvereinbarung hätte es kein Problem gegeben. So ist es aber eines geworden und das, Herr Gehring und Herr Simon-Schaefer sagten das richtig, kriegen wir so schnell nicht gelöst. Zweitens, ich halte es für richtig, die Freiheitsidee wieder in den Vordergrund zu schieben. Europa hat viele Vorteile praktischer Natur, über die wir gesprochen haben – der Hauptvorteil ist die Freiheitsidee. Als 1995 15 Staaten aufgenommen wurden, nahmen 15 Staatschefs der osteuropäischen Länder am Erweiterungsgipfel teil – von diesen 15 waren acht zu kommunistischen Zeiten im Gefängnis gesessen. Sie wussten, was es bedeutet, nach Europa zu kommen, sie wussten den Wert der Freiheit zu schätzen. Heute ist es so, dass viele diesen Wert Europas nicht mehr hoch einstufen – es wäre wichtig, das wieder ins Bewusstsein zu rufen. Zudem würde ich die Menschen auf Reisen schicken, ich würde die jungen Leute auffordern, die neuen, die Beitrittsländer zu besuchen, sich Europa anzuschauen. Goethe hat einmal gesagt: »Wissen ist gut, Denken ist besser als Wissen, und Anschauen ist besser als Denken und Wissen.« Das finde ich völlig richtig – man muss hinfahren, um zu sehen, welche Vorurteile wir korrigieren müssen, und es sind eine ganze Menge. Schließlich: Ich denke, man muss langsam auch ein »Europa der zwei Geschwindigkeiten« vorbereiten, denn das kommt mit Sicherheit.

Ulrike Leuthesser: Am Schluss möchte ich einen Europakenner zitieren: »Europa muss an der Spitze mithalten können, sonst wird es zum Museum und Wissenschaftler werden zu Personen, die durch Museen führen und Erklärungen abgeben.« Ich glaube

nicht, dass wir ein museales Europa wollen – es liegt an uns, den Bürgern, Politikern, Wissenschaftlern, Unternehmern und Journalisten, einen Beitrag zu einem gemeinsamen, friedvollen und starken Europa zu leisten. Ich bedanke mich ganz herzlich bei den Experten in dieser Runde und bei Ihnen fürs Zuhören.



Dr. R. Pflieger GmbH
Arzneimittel aus Bamberg



UNIVERSITÄTS-VERLAG BAMBERG

Bamberger Hegelwochen 1990

*Hans-Georg Gadamer, Hans Jonas, Ulrich Beck,
Walther Ch. Zimmerli*

**SPRACHE UND ETHIK IM
TECHNOLOGISCHEN ZEITALTER**

mit den Beiträgen »Hegel und die Sprache der Metaphysik I und II« von Hans-Georg Gadamer, »Wer denkt konkret? Zur Situation einer wirklichkeitsoffenen Philosophie« sowie »Philosophie in einer gottverlassenen Welt« von Walther Ch. Zimmerli und der Podiumsdiskussion »Technologisches Zeitalter und Ethik« mit Hans Jonas, Ulrich Beck und Walther Ch. Zimmerli.

94 Seiten, kartoniert, € 5,00 – ISBN 978-3-928648-02-8

Bamberger Hegelwochen 1991

*Hermann Lübbe, Willy Heckel, Annegret Stopczyk,
Tilman Steiner, Walther Ch. Zimmerli*

PHILOSOPHIE UND ÖFFENTLICHKEIT

mit den Beiträgen »Die neue Bürgerlichkeit der Philosophie« von Walther Ch. Zimmerli, »Fortschritt und Terror. Rückblick auf das Zeitalter der Revolutionen« sowie »Die Avantgarde und das Museum. Über das Veralten des Neuen« von Hermann Lübbe und der Podiumsdiskussion »Philosophie und Öffentlichkeit« mit Hermann Lübbe, Willy Heckel, Annegret Stopczyk, Tilman Steiner und Walther Ch. Zimmerli.

108 Seiten, kartoniert, € 5,00 – ISBN 978-3-928648-06-6

Bamberger Hegelwochen 1992

*Carl Friedrich von Weizsäcker, Erhard Eppler,
Dorothee Sölle, Walther Ch. Zimmerli*

**PHILOSOPHIE ZWISCHEN WISSENSCHAFT,
RELIGION UND POLITIK**

mit den Beiträgen »Der Mensch als Weltbürger der Natur« von Walther Ch. Zimmerli, »Die Philosophie eines Physikers« von

Carl Friedrich von Weizsäcker, der Diskussion »Der konziliare Prozess« zwischen Dorothee Sölle und Carl Friedrich von Weizsäcker sowie dem Podiumsgespräch »Natur – Religion – Politik« mit Carl Friedrich von Weizsäcker, Erhard Eppler und Walther Ch. Zimmerli.

105 Seiten, kartoniert, € 5,00 – ISBN 978-3-928648-08-0

Bamberger Hegelwochen 1993

*Robert Spaemann, Wolfgang Welsch,
Walther Ch. Zimmerli*

ZWECKMÄSSIGKEIT UND MENSCHLICHES GLÜCK

mit den Beiträgen »Glanz und Elend des Erdenbürgers Mensch« von Walther Ch. Zimmerli, »Die Zweideutigkeit des Glücks« von Robert Spaemann und dem Podiumsgespräch »Liberalismus und Fundamentalismus« mit Robert Spaemann, Wolfgang Welsch und Walther Ch. Zimmerli.

112 Seiten, kartoniert, € 5,00 – ISBN 978-3-928648-12-7

Bamberger Hegelwochen 1994

*Odo Marquard, Hans-Georg Gadamer,
Hans Michael Baumgartner, Walther Ch. Zimmerli*

MENSCHLICHE ENDLICHKEIT UND KOMPENSATION

mit den Beiträgen »Neue Bürgerlichkeit und die Wiederkehr des Individuums« von Walther Ch. Zimmerli, »Menschliche Endlichkeit und Kompensation I und II« von Odo Marquard, der Podiumsdiskussion zum gleichen Thema mit Odo Marquard, Hans Michael Baumgartner und Walther Ch. Zimmerli sowie zur Ehrenpromotion von Hans-Georg Gadamer mit den Beiträgen »Zur Aktualität des Hermeneutischen« von Walther Ch. Zimmerli und »Vom Wort zum Begriff. Die Aufgabe der Hermeneutik als Philosophie« von Hans-Georg Gadamer.

126 Seiten, kartoniert, € 5,00 – ISBN 978-3-928648-15-8

Bamberger Hegelwochen 1995

*Günther Patzig, Dieter Birnbacher,
Walther Ch. Zimmerli*

DIE RATIONALITÄT DER MORAL

mit den Beiträgen »Vom Bürgerrecht der Vernunft in der Natur« von Walther Ch. Zimmerli, »Aufklärung durch Vernunft. Ist das Projekt der Moderne gescheitert?« sowie »Moralische Motivation« von Günther Patzig und der Podiumsdiskussion »Ökologie und Ethik« mit Günther Patzig, Dieter Birnbacher und Walther Ch. Zimmerli.

108 Seiten, kartoniert, € 9,50 – ISBN 978-3-928648-23-3

Bamberger Hegelwochen 1996

*Jeanne Hersch, Annemarie Pieper,
Walther Ch. Zimmerli*

MENSCH – WELT – WIDERSPRUCH

mit den Beiträgen »Die Wiederentdeckung des Staunens in der Bürgerbewegung des Denkens« von Walther Ch. Zimmerli, »Die Unwahrscheinlichkeit des Menschen in der Welt« und »Die Unwahrscheinlichkeit der Welt für den Menschen« von Jeanne Hersch, dem Podiumsgespräch »Lob für Paradoxien und Widersprüche« mit Jeanne Hersch, Annemarie Pieper und Walther Ch. Zimmerli sowie der Abschiedsvorlesung »Königin oder Magd? Zur Zukunft der Philosophie« von Walther Ch. Zimmerli.

94 Seiten, kartoniert, € 9,50 – ISBN 978-3-928648-24-0

Bamberger Hegelwochen 1997

Karl-Otto Apel, Vittorio Hösle, Roland Simon-Schaefer

GLOBALISIERUNG. HERAUSFORDERUNG FÜR DIE PHILOSOPHIE

mit den Beiträgen »Transzendente Semiotik und die Paradigmen der Ersten Philosophie« und »Praktische Philosophie als Diskurs- und Verantwortungsethik« von Karl-Otto Apel sowie der Podiumsdiskussion zum Thema »Die Tatsache der »Glo-

lisierung« und die Aufgabe der Philosophie« mit Karl-Otto Apel, Vittorio Hösle und Roland Simon-Schaefer.

128 Seiten, kartoniert, € 9,50 – ISBN 978-3-933463-01-2

Bamberger Hegelwochen 1998

*Hans Albert, Herbert Schnädelbach,
Roland Simon-Schaefer*

RENAISSANCE DER GESELLSCHAFTSKRITIK?

mit den Beiträgen »Kritischer Rationalismus. Wider die Ideologisierung der Wissenschaften« von Hans Albert, »Kritische Theorie? Aufgaben kritischer Philosophie heute« von Herbert Schnädelbach sowie der Podiumsdiskussion »Die Zukunft der Gesellschaftskritik« mit Hans Albert, Claus Mühlfeld, Richard Münch, Herbert Schnädelbach und Roland Simon-Schaefer.

128 Seiten, kartoniert, € 9,50 – ISBN 978-3-933463-04-3

Bamberger Hegelwochen 1999

*Ricardo Díez-Hochleitner, Peter Meyer-Dohm,
Oswald Schwemmer, Roland Simon-Schaefer*

DIE ZUKUNFT DER WIRTSCHAFTSGESELLSCHAFT

mit den Beiträgen »Emanzipation der Ökonomie – Krise des Sozialen?« von Peter Meyer-Dohm, »Der Mensch – homo oeconomicus oder Kulturwesen?« von Oswald Schwemmer und der Podiumsdiskussion zum Thema »Die Zukunft der Wirtschaftsgesellschaft« mit Ricardo Díez-Hochleitner, Adelheid Ehmke, Wilfried Feldkirchen, Peter Meyer-Dohm, Oswald Schwemmer, Roland Simon-Schaefer und Horst Steinmann.

136 Seiten, kartoniert, € 9,50 – ISBN 978-3-933463-07-4

Bamberger Hegelwoche 2000

*Wolfgang Fikentscher, Carl-Friedrich Gethmann,
Roland Simon-Schaefer, Norbert Walter*

Globale Gerechtigkeit

mit Einführungen von Roland Simon-Schaefer, Christian Schröder und Wilfried Feldkirchen, den Beiträgen »Die Einheit der prak-

tischen Vernunft und die Vielheit der Kulturen« von Carl-Friedrich Gethmann, »Globale Gerechtigkeit zwischen Rechtsangleichung und Kulturreichhalt« von Wolfgang Fikentscher, »Ökonomische Globalisierung und gesellschaftlicher Fortschritt« von Norbert Walter und der Podiumsdiskussion »Führt mehr globales Wissen zu mehr Gerechtigkeit?« mit Wilfried Feldenkirchen, Wolfgang Fikentscher, Carl-Friedrich Gethmann, Roland Simon-Schaefer und Norbert Walter sowie Michael Hampe, Gertrude Lübke-Wolff, Johannes Müller und Michael Schefczyk.

136 Seiten, kartoniert, € 9,50 – ISBN 978-3-933463-11-1

Bamberger Hegelwoche 2001

Dietrich Dörner, Gerald Hüther, Manfred Spitzer

VERNUNFT – GEHIRN – COMPUTER: WAS BLEIBT VOM MENSCHEN?

mit Einführungen von Michael Hampe und Christian Schröer und den Beiträgen »Seelen aus der Retorte?« von Dietrich Dörner, »Das Gehirn zwischen Natur und Kultur« von Manfred Spitzer und »Künstliche Intelligenz und Hirnforschung – Abschied vom abendländischen Menschenbild?« von Gerald Hüther.

80 Seiten, kartoniert, € 9,50 – ISBN 978-3-933463-13-5

Bamberger Hegelwoche 2002

*Bert Fagner, Heiner Geißler,
Daniel Krochmalnik, Rotraud Wielandt*

RELIGIÖSES BEKENNTNIS UND POLITISCHES INTERESSE

mit Einführungen von Roland Simon-Schaefer, Michael Hampe und Christian Schröer, den Beiträgen »Jeder Fremde ist anders: von der Vielfalt islamischer Kulturen« von Bert Fagner, »Der säkulare Staat in der aktuellen innerislamischen Debatte: Positionen und Argumente« von Rotraud Wielandt, »Gott herrscht oder die Theokratie in Israel« von Daniel Krochmalnik sowie »Christentum und Politik in der westlichen Welt – ein zukunfts-

fähiges Modell?« von Heiner Geißler und der Podiumsdiskussion unter der Leitung von Reinhard Knodt.

160 S., kartoniert, € 9,50 – ISBN 978-3-933463-16-6

Bamberger Hegelwoche 2003

*Erna Hennicot-Schoepges, Gottfried Küenzlen,
Margret Wintermantel, Reinhard Zintl*

RÜCKKEHR DER GEWALT

mit Einführungen von Christian Schröer und Roland Simon-Schaefer, den Beiträgen »Terrorismus – der Krieg der Schwächeren?« von Reinhard Zintl, »Gewalt im Namen Gottes« von Gottfried Küenzlen, den beiden Kurzreferaten »Erziehung zum Frieden« von Erna Hennicot-Schoepges und »Zur Sozialpsychologie der Aggression« von Margret Wintermantel und der Podiumsdiskussion unter der Leitung von Reinhard Knodt.

120 Seiten, kartoniert, € 9,50 – ISBN 978-3-933463-17-3

Bamberger Hegelwoche 2004

Ruth Klüger, Gijs van Tuyl, Dieter Welzel, Martin Zenck

VOM EIGENSINN DER KUNST

mit Einführungen von Christian Schröer und Roland Simon-Schaefer, den Beiträgen »Grenzüberschreitungen in der Literatur« von Ruth Klüger, »Wie kommt die Ekstase ins Bild« von Dieter Welzel, »Der Dämon der Eingebung« von Martin Zenck und »Präsentation statt Interpretation« von Gijs van Tuyl sowie der Podiumsdiskussion unter der Leitung von Klaus Podak.

128 Seiten, kartoniert, € 9,50 – ISBN 978-3-933463-20-3

Bamberger Hegelwoche 2005

*Hans-Peter Blossfeld, Hermann Lübbe,
Ernst Ulrich von Weizsäcker, Wolfram Wagner*

WIE SICHER IST DIE ZUKUNFT?

mit Einführungen von Roland Simon-Schaefer und Christian Schröer, den Beiträgen »Die Weltgesellschaft – Globalisierung kulturell, technisch und politisch« von Hermann Lübbe, »Erlaubt

die Globalisierung noch langfristiges Handeln?« von Ernst Ulrich von Weizsäcker, dem Vortrag »Globalisierung, wachsende Unsicherheit und die Veränderung der Lebensverläufe in modernen Gesellschaften – ausgewählte Ergebnisse des Globalife-Projektes« sowie der Podiumsdiskussion unter der Leitung von Ulrike Leutheusser.

128 Seiten, kartoniert, € 9,50, ISBN 978-3-933463-21-0

Alle Bände erhalten Sie bei den Buchverlagen des Fränkischen Tags, 96053 Bamberg, Fon (0951) 188-125, Fax (0951) 188-529, E-Mail: universitaets-verlag.bamberg@fraenkischer-tag.de und im Internet unter www.ft-buchverlag.de



THEODOR BERCHEM

Geboren 1935 in Pützchen bei Bonn. Nach dem Abitur Studium in Genf, Köln und an der Pariser Sorbonne. 1963 promovierte er in Paris, 1966 habilitierte er an der Universität Erlangen-Nürnberg für das Fach »Romanische Philologie«. 1983 bis 1987 war er Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz; 1975 bis 2003 hatte er das

Amt des Präsidenten der Universität Würzburg inne. Seit 1988 ist er Präsident des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD).

JACQUES SANTER

1937 geboren in Wasserbillig in Luxemburg. 1979 wurde er Mitglied der luxemburgischen Regierung, von 1984 bis 1995 war er Premierminister von Luxemburg. 1984 bis 1989 war er Gouverneur der Weltbank, von 1991 bis 1994 Gouverneur des Internationalen Währungsfonds. 1995 bis 1999 war er Präsident der Europäischen Kommission. Er hatte verschiedene Ministerposten in Luxemburg inne und war Vizepräsident des Europäischen Parlaments sowie Mitglied des Europäischen Konvents.



OLAF SCHWENCKE

1936 geboren in Pinneberg, lebt derzeit in Berlin und Paris. Studium, Promotion und Forschungsjahre an der Universität Hamburg. 1976 war er Gründungsvorsitzender der Kulturpolitischen Gesellschaft Hagen/Bonn und bis 1997 deren Präsident. 1972 bis 1984 war er Mitglied des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments. Von 1992 bis 1996 war er Präsident der Hochschule der Künste in Berlin. Gegenwärtig ist er Präsident der

(ECF) für kulturelle Zusammenarbeit in Europa sowie Vorsitzender des Kuratoriums der Kulturpolitischen Gesellschaft, Bonn.

SIR PETER TORRY

Geboren 1948, ist seit Mai 2003 britischer Botschafter in Deutschland. Nach dem Studium trat er 1970 in den Diplomatischen Dienst ein. Dort waren seine Stationen Havanna, Jakarta und Bonn. In der Zentrale des Außen- und Commonwealth-Ministeriums war er als Erster Sekretär und später als Botschaftsrat beschäftigt. 1989 wurde er als Botschaftsrat nach Washington berufen, wo er vier Jahre lang tätig war. Anschließend kehrte er als Direktor für Personal und Sicherheit in die Zentrale zurück, 1998 wurde er britischer Botschafter in Spanien.



9 783933 463241

ISBN: 978-3-933463-24-1